

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Gründet wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherer.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Möckelstraße 18 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **397000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der famose Professor Ehrenberg in Moskau wird sich Mühe geben müssen, durch neue Leistungen die Anerkennung der Großschaffmacher zu erringen, damit sein Ruhm nicht durch andere Professoren seines Schlages verdunkelt wird. Als Konkurrent um die Gunst des großindustriellen Kapitals, die ihm in einem so überreichlichen Maße zuteil geworden ist, muß von ihm der Professor Mathesius gefürchtet werden, der nach seiner jüngsten Tat zu den allererschöpfsten Erwartungen berechtigt. Bei der Kaiser-Geburtstagsfeier der Berliner Technischen Hochschule hielt dieser Professor einen Vortrag über die Entwicklung der Eisenindustrie und erging sich dabei in beweglichen Schilderungen über die Lasten, die der deutschen Industrie aus der Arbeiterversicherung erwachsen. Seine Ausführungen waren so gehalten, daß sie den Uneingeweihten glauben machen konnten, die sozialen Lasten hätten da und dort bereits die Dividende ganz oder doch zum größten Teil aufgezehrt. Dieses Urteil fällt nicht wir, sondern die Frankfurter Zeitung, der auch Professor Mathesius beim besten Willen eine Voreingenommenheit zugunsten des Industriekapitals nicht wird nachsagen können. Mit Staunen dürften die Teilnehmer an der Kaiser-Geburtstagsfeier vernommen haben, daß bei der Aktiengesellschaft Phönix die sozialen Lasten und die Steuern einmal sogar 120 Prozent des Reingewinns erreichten, sie werden, wenn sie die Worte des Herrn Mathesius ernst genommen haben sollten, die Meinung nach Hause getragen haben, als hätten diese Ausgaben den Reingewinn nicht nur absorbiert, sondern darüber hinaus zu einem Barverlust der Gesellschaft geführt. Vielleicht hat der Herr Professor sich dies Märchen selbst aufbinden lassen, obwohl ein Blick in den letzten Geschäftsbericht des Phönix ihn davon hätte überzeugen müssen, daß der Betriebsgewinn 1908 23 Millionen Mark betrug, während die gesamten Ausgaben und Lasten sich auf 5,6 Millionen Mark stellten, für 1907 betragen die entsprechenden Zahlen 26,4 und 3,1 Millionen. Aber auch wenn Mathesius seinen Hörern das Verhältnis der Ausgaben für Arbeiterversicherung und Steuern zum dem Reingewinn richtig dargestellt hätte, so hätte er, falls ihm nicht bolschewistische Kenntnisse gänzlich fehlen, noch darauf hinweisen müssen, daß die Summen, die als Dividenden verteilt werden, nur einen Teil der wirklich erzielten Gewinne bilden. Oder sollte Herr Mathesius nicht wissen, daß bei gut fundierten Gesellschaften die Abschreibungen über das notwendige Maß weit hinausgehen pflegen, daß ferner bei solchen Gesellschaften bedeutende stille Reserven vorhanden sind, die in den Bilanzen nicht zum Ausdruck kommen? Wenn der Professor Mathesius weiter eine Ahnung von dem Spekulationsgetriebe in der Großindustrie hat, so konnte er nicht übersehen und verschweigen, daß die großen Unternehmungen durch Gründungsgewinne ganz enorm überwertet werden, und daß in Form von Zwischengewinnen das Kapital spätere Produktionsgewinne in einem sehr erheblichen Umfang vorwegnimmt. Die Phönixgesellschaft hat in den letzten Jahren 15, 17, 11 und 9 Prozent verteilt, der Rückgang der Dividenden ist auf die Wirkungen der Krise zurückzuführen, doch selbst die niedrigsten Dividenden sind noch so hoch, daß von einer sehr respektablen Rentabilität gesprochen werden kann. Gerade bei der Phönixgesellschaft wurden bei den zahlreichen Fusionen durch überwertete Erwerbsspreise der aufgenommenen Gesellschaften dem beteiligten Großkapital gewaltige Zwischengewinne gezahlt. Es sei nur daran erinnert, daß die Aktien der Zeche Nordferrn vom Phönix zu einem Kurse von 400 Prozent übernommen wurden, nachdem er in verhältnismäßig kurzer Zeit von etwa 165 Prozent bis zu 400 Prozent in die Höhe getrieben worden war. Der größte Teil dieser immensen Kursgewinne kam natürlich den eingeweihten Kreisen zugute, die im Phönixrat über den Ankauf zu beschließen hatten und zugleich große Posten von Nordferrnaktien von früher her besaßen oder sie noch zu den niedrigeren Kursen kauften. Es trifft nicht nur für den Phönix zu, daß bei Fusionen für die aufzunehmenden Betriebe wahre Liebespreise gezahlt werden; berücksichtigt man diesen Umstand — und er muß berücksichtigt werden —, so ergibt sich, daß die Rentabilität der Großindustrie dauernd sehr beträchtlich gesteigert ist, denn sonst hätten die Dividenden in der Hochkonjunktur nicht nur keine Steigerung erfahren können, sondern hätten notwendigerweise zurückgehen müssen.

Das verlogene Geheul über die hohen sozialen Lasten und die unentgeltlichen Steuern ist eine internationale Gepflogenheit des Kapitals. Daß sich das deutsche Kapital besonders laut daran beteiligt, ist für seinen unerfährlichen Profitgier außerst charakteristisch, denn in keinem anderen Lande der Welt hat das Industriekapital in den letzten dreißig Jahren so unermeßliche Reichtümer zusammengetragen, wie gerade in Deutschland.

Aus Anlaß der Antikubigung, daß die Gruppe Thyssen-Deutscher Kaiser demnächst eine Hochofenanlage in der Gegend von Caen in der Normandie zu errichten beabsichtigt, bespricht Dr. Reuchlin-Diepenhorst im Berliner Lokal-Anzeiger die vermeintlichen Aussichten deutscher Eisenhüttenwerke in Frankreich und betont dabei, daß schwieriger als die Kostenfrage die der Arbeiterverhältnisse sein dürfte. „Denn der französische Nationalökonom Léon de Séilhac hat noch kürzlich nachgewiesen, daß die Lohnansprüche der Arbeiter sich derart gesteigert hätten, daß die Exportindustrie, insoweit Massenartikel und nicht seine Qualitätsware in Betracht komme, schon hierdurch

andere Länder gegenüber benachteiligt ist.“ Wohl gemerkt, es handelt sich dabei um französische Arbeiter. Die Gelehrten des Unternehmertums kommen eben in allen anderen Ländern zu den ihnen vorgezeichneten „Feststellungen“, die sich schon aus dem Grunde untereinander aufheben, weil sie sich gleichen.

Die Gruppe Thyssen entwickelt eine sehr lebhaft ausgebreitete Tätigkeit. Neben der erwähnten Hochofenanlage in Frankreich errichtet sie in der Nähe von Wesel ein neues Bergwerk, mit dessen Vorarbeiten bereits vor einigen Tagen begonnen worden ist. Auch andere Kapitalgruppen schreiten jetzt bei der besser werdenden Konjunktur zu der Ausführung von Erweiterungs- und Fusionen. — Die Niederrheinische Hütte in Duisburg, deren Hauptaktionär Fürst Siedel von Donnersmarck ist, errichtet größere Neuanlagen, die die Weiterverarbeitung eines Teiles ihrer Roheisenproduktion ermöglichen soll. Nach Fertigstellung der im Bau begriffenen Blockstrassen (1. Juli dieses Jahres) wird das Werk die Produktion von Halbzeug aufnehmen. Bald dürfte ferner eine Fusion des Eschweiler Bergwerksvereins in Eschweiler-Pumpe mit der Eschweiler-Röln-Eisenwerk-Aktiengesellschaft in Eschweiler-Pumpe erfolgen.

Der Stahlwerksverband hat die in unserer letzten Rundschau angekündigte Preiserhöhung von Halbzeug um 5 M für die Tonne am 25. Januar beschlossen; über eine Erhöhung des Formeisenpreises wird in der nächsten Versammlung im Februar Beschluß gefaßt werden. Zugleich ist vom 1. Juli dieses Jahres an die Ausführungsvergütung für Halbzeug generell von 15 auf 10 M herabgesetzt worden. Auf die beschlossene Erhöhung der Halbzeugpreise hin werden in diesen Tagen auch der Walzdrahtverband und der Verband deutscher Kaltwalzwerke gleichfalls Erhöhungen um 5 M für die Tonne eintreten lassen. Fortgesetzt vollziehen sich die Preissteigerungen für Eisen- und Metallprodukte aller Art. Unter anderen hat auch die Internationale Preiskonvention für Draht und Drahtwaren am 20. Januar den Preis für verzinkten Draht um 50 S, für andere Drähte um 25 S pro hundert Pils erhöht. Der Verband der deutschen Zink- und Zinkwerke erhöhte vom 26. Januar an die Preise für Zinkbleche um 10 M pro Tonne.

In einer Untersuchung der finanziellen Ergebnisse von Unternehmungen der Maschinenbauindustrie stellt die Wirtschaftliche Zeitung fest, daß etwa die Hälfte aller Maschinenbau-gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse notiert werden, im Jahre 1908 einen Rückgang der Dividenden aufzuweisen hatte. Immerhin war diese Verschlechterung nur in wenigen Fällen bedeutend, so daß das Jahr 1908 im allgemeinen für den Maschinenbau als ein erträgliches gelten konnte. Im Jahre 1909 ging es zunächst noch weiter bergab; die alten Lohnenden Aufträge aus der Zeit besserer Konjunktur wurden allmählich aufgearbeitet und der Eingang von neuen Bestellungen ging nur schleppend vor sich. Von den Gesellschaften, deren Geschäftsjahr Ende Juni 1909 oder etwa um die Mitte des vorigen Jahres abließ, hat rund die Hälfte mit neuen Rückgängen der Dividenden aufgemerkt. Gleich der allgemeinen Konjunktur hob sich aber von da an auch die Lage der deutschen Maschinenindustrie, was deutlich daran zu erkennen ist, daß die Dividendensteigerungen bei rund einem Drittel der Unternehmen, die ihr Geschäftsjahr Ende des Kalenderjahres 1909 schließen, höher als für 1908 lauten, nur ein Siebentel dieser Gesellschaften hat eine Dividendenminderung als wahrscheinlich bezeichnet, während der Rest die 1908 zum Teil reduzierte Dividende auch für 1909 in Aussicht stellen kann. Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß das Kapital im Maschinenbau in der allgemeinen Wirtschaftskrise weit besser abgeschnitten hat, als man nach den fortwährenden Klagen der Industriellen hätte vermuten können. — Die Aktiengesellschaft Wegelin & Hübner in Halle a. S. hat im letzten Jahre einen Fabrikationsgewinn von 791 832 M gegen 776 091 M im Vorjahr erzielt, dazu kommen, wie im Vorjahr, 59 820 M als Dividende von 6 Prozent auf die Aktien der Pommerischen Eisengießerei und Maschinenfabrik, A.-G., Stralsund-Barth, die sich im Besitze des Halleischen Unternehmens befinden. Es gelangt eine Dividende von 12 Prozent, wie im Vorjahr, zur Verteilung. Ueber den Umsatz und die Beschäftigung wird in dem Geschäftsbericht keine Angabe gemacht, mitgeteilt wird nur, daß, nachdem im Vorjahr der gesamte Gießereibetrieb nach der Abteilung Wolff & Meinel verlegt wurde, es erforderlich werde, demnächst auch die Modellschleiferei und das Modellager der drei Werke dort zu vereinigen. — Die Maschinenbauanstalt, Eisengießerei und Dampfkesselfabrik S. Paulsch, A.-G., zu Landsberg a. W. hat im vergangenen Jahre einen Bruttogewinn von 237 562 M erzielt gegen 145 109 M im Vorjahr. Die Dividende auf die Vorzugsaktien wird wie im Vorjahr 4 1/2 Prozent betragen (auf die Stammaktien kommt gleichfalls wie für 1908 keine Dividende zur Ausschüttung). Doch die Abschreibungen betragen 144 810 M gegen 82 875 M im Vorjahr, 30 000 M werden außerdem einem Spezialreserfonds überwiesen. — Nach längeren Verhandlungen ist eine Fusion der drei Carburger Firmen: G. & R. Höbers (Eisen- und Bronzwerk), G. Eddelbüttel (Maschinenfabrik) und Carburger Eisenwerk, Aktiengesellschaft, zustande gekommen. Die vereinigten Gesellschaften werden über ein Aktienkapital von 3,50 Millionen verfügen, sie werden hauptsächlich Drehpressen und Gummimaschinen herstellen. Während wird an der Gesellschaft der Kommerzienrat F. Thörl von der Vereinigten Carburger Gießereifabrik Aktiengesellschaft beteiligt sein. Dieser ersten Fusion von Maschinenfabriken im neuen Jahre dürften bald mehrere folgen, der Konzentrationsprozeß im Maschinenbau schreitet um so schneller vorwärts, da bei der verschiedenartigen

Produktion die Bildung von Kartellen auf mannigfache Schwierigkeiten stößt. — Die vom Bund der Landwirte geplante Gründung einer Fabrik von landwirtschaftlichen Maschinen ist jetzt zur Ausführung gekommen, allerdings in einer anderen Form, als sie ursprünglich projektiert war. In Brandenburg a. d. Havel wurde die Deutsche Maschinenfabrik, A.-G., mit einem Kapital von 1 700 000 M gegründet, das fast ausschließlich von Landwirten gezeichnet worden ist. Ueber die Vorgeschichte der Gründung wird berichtet: Die Firma C. F. Richter in Brandenburg a. S. hat seit sechs Jahren Nähmaschinen für Gras und Getreide, auch Selbsthinder in einer Spezialabteilung ihrer Fabrik hergestellt, nach dem sie vorher zwölf Jahre hindurch amerikanische Maschinen importiert hat. Die Firma beabsichtigte, ihre Nähmaschinenabteilung zu vergrößern und dafür eine neue Fabrik aufzuführen. Die Landwirtschaftliche Handels-Gesellschaft in Berlin, die von dem Bund der Landwirte angegliedert als Studiengesellschaft gegründet worden war, ging mit der gleichen Absicht um, sie wollte eine große Nähmaschinen-Gesellschaft mit einem Kapital von 3,3 Millionen Mark in der Nähe von Berlin ins Leben rufen. Beide Firmen haben sich nunmehr geeinigt, und es wird infolgedessen in Brandenburg eine große neue Fabrik errichtet, deren volle Leistungsfähigkeit auf 10 000 Maschinen angesetzt ist. Die offene Handels-Gesellschaft C. F. Richter in Brandenburg a. S. bleibt im übrigen unverändert bestehen und wird neben einem landwirtschaftlichen Spezialartikel ihre Fabrikation von Drehschneidmaschinen für Dampf- und Gabelbetrieb auf größerer Basis weiterführen.

Der Verband der Metallindustriellen in Württemberg und sein Geschäftsbericht für 1908/09.

Der Geschäftsbericht dieser Unternehmerorganisation war wohl nicht für uns bestimmt, da er aber wie so viele andere nicht für uns bestimmte Dinge doch in unsere Hände gelangte, wollen wir daraus verschiedene interessante Dinge der Öffentlichkeit unterbreiten. Aus dem, was wir daraus zitieren, wird wiederum dargetan, daß die Arbeiterschaft von den Unternehmerorganisationen nichts Gutes zu erwarten, sondern nur Schlimmes zu befürchten hat. Sie darf deshalb nicht das Bestreben veräuern, ihre Organisation auszubauen, um sich gegen Ausbeutungswut und Unterdrückung zu schützen.

Bemerkenswert in dem Bericht ist vor allem die neuerliche Stellung zu den Fragen der Aussperrung, zum Arbeitsnachweis, zur Gründung einer Krankenkasse (eigentlich gelebter Gewerkschaft), zu den Tarifverträgen, zur Kaiserfeier und zur Organisierung der Jugend. Wir geben hier die wichtigsten Punkte des Berichtes wörtlich und lassen nur solche Ausführungen weg, die weniger wichtig oder zu weitläufig sind.

Ueber die Mitgliedschaft des Verbandes entnehmen wir dem Bericht:

„Der Verband begann sein zwölftes Geschäftsjahr mit einem Mitgliederbestand von 130 Firmen einschließlich einer „angehobenen“ Firma, welche zusammen 20 817 Personen (männliche und weibliche Arbeiter, Beamte und Lehrlinge) beschäftigten. Am 31. Dezember 1908 sind 5 Mitglieder mit 326 Arbeitern ausgetreten, darunter bedauerlicherweise 2 größere Firmen der Metallwarenbranche und 1 Eisengießerei; außerdem ist im Laufe des Jahres 1 Firma wegen Verlegung ihres Betriebes nach Berlin ausgegliedert. Dem Austritte steht ein Zuwachs von 7 Firmen mit 595 Arbeitern gegenüber; von diesen befinden sich 3 Betriebe in Stuttgart und Umgebung, je 1 in Göppingen, Heilbronn, Ulm und Weiblingen.“

Der Verband zählte somit am 30. September 1909 130 Mitglieder und eine „angehobene“ Firma, bei welchen am 1. Mai 20 925 Personen beschäftigt waren.

Unter den Mitgliedern befinden sich zurzeit 30 Eisengießereien mit 2400 Gießereiarbeitern, 11 Metallwarenfabriken mit 770 Arbeitern, 14 Kunst- und Bauhölzereien mit 223 Arbeitern. Weibliche Personen sind 426 beschäftigt.

Nach der Zahl der beschäftigten Personen ergibt sich folgende Zusammenfassung des Verbandes:

9 Betriebe beschäftigen bis zu	5 Personen
4 „ „ „ „ „	6 bis 10 „
18 „ „ „ „ „	11 „ 30 „
28 „ „ „ „ „	31 „ 50 „
26 „ „ „ „ „	51 „ 100 „
21 „ „ „ „ „	101 „ 200 „
10 „ „ „ „ „	201 „ 300 „
3 „ „ „ „ „	301 „ 400 „
2 „ „ „ „ „	401 „ 500 „
7 „ „ „ „ „	501 „ 1000 „
— „ „ „ „ „	1001 „ 1500 „
3 „ „ „ „ „	1501 „ 2000 „
— „ „ „ „ „	2001 und mehr

131 Betriebe.

Dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller gehörten Ende 1908: 35 Bezirksverbände, 3 angehobene Firmen und 35 Einzelmitglieder mit zusammen 513 000 Arbeitern an; durch Beitritt eines Bezirksverbandes und eines angehobenen Vereins hat die Anzahl der innerhalb des Gesamtverbandes beschäftigten Arbeiter um etwa 11500 zugenommen.“

Den im Dezember 1908 gewählten Vorstand und die damalige Zusammenfassung der einzelnen Kommissionen können wir hier übergehen, da wir auf die für das Geschäftsjahr 1909/10 Gewählten später zurückkommen. Der Bericht verbreitet sich dann über den inneren Aufbau des Verbandes:

„Der Verband hat im Berichtsjahr zwei für seine Weiterentwicklung bedeutsame Beschlüsse gefaßt: Die Fabrikation von

Einführung der Ausperrung und die Erziehung der Auszubildenden über Arbeiter.

Die Frage der Ausperrung hat den Verband schon wiederholt beschäftigt, besonders im Jahre 1907, als der Gesamtverband in seine Sitzungen die Bestimmung aufnahm, daß die Satzungen des Verbands verbindlich im Widerstreit mit denjenigen des Gesamtverbandes stehen dürfen und im besonderen die Durchführung einer Ausperrung ermöglichen müssen.

Im Zusammenhang damit wird im Bericht die Frage der Streikversicherung erörtert. Jedoch will der Vorstand erst der nächsten Versammlung einen die Frage regelnden Antrag unterbreiten.

Wie wir schon im letzten Geschäftsbericht (siehe Nr. 30/1909 der Metallarbeiter-Zeitung) ausgeführt haben, hatten wir einen eigenen Arbeitsnachweis für ein immer dringender werdendes Bedürfnis. Im Bereich des Gesamtverbandes bestanden Ende 1908: 28 Arbeitsnachweise und erst in neuester Zeit hat der Verband Bayerischer Metallindustrieller in München, Augsburg und Nürnberg solche eingerichtet, ein Beweis, daß sich die Erkenntnis von dem großen Wert derselben für die Arbeitgeber auch in Süddeutschland immer mehr Bahn bricht.

Wir können aber nicht umhin, hier mit lebhaften Bedauern festzustellen, daß ein Fünftel unserer Mitglieder trotz wiederholter Hinweise der Arbeitsstelle überhaupt kein Material geliefert hat.

Zur Erläuterung dieser Ausführungen mögen folgende Zahlen dienen: Bis Ende des Geschäftsjahres wurden 7874 ausgeschickte Arbeiter angemeldet, über welche also Auskunft erteilt werden sollte, was jedoch nur bei etwa 1200 (21 Prozent) möglich war.

Ein Beweis dafür, daß sich der Verband mit dieser Einrichtung etwas Gutes geschaffen hat, dürfte der Stimm der Zustimmung sein, der in der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Presse wegen des be-

merklichen Anstieges auf die Anstellungsfähigkeit und Beschäftigung (siehe Bericht, als der bekannte günstige Wind die allerdings betrüblichen Rundschreiben an unsere Mitglieder auf ihre Reaktionsfähigkeit wehte. Wenn der Arbeitgeber bei Einstellung eines Arbeiters über dessen bisherigen Verdienst und Leistung sich erkundigt, so ist er in seinem vollen Recht; mehr will er von der Auszubildenden nicht wissen und weiß er auch nicht, wie er sich verhalten soll, wenn der Arbeitgeber die Gewerkschaftsbeamten für 1908 bei Erwählung der Arbeitsstelle von der Größe der Kampfmittel berichtet, die an der bis zu einem gewissen Grade vorhandenen Interessengemeinschaft zwischen Unternehmen und Arbeitern ihre natürliche Grenze finden muß und vor Ueberbahrung des Bogens warnt.

Durch diese Ausführungen wird die Wahrheitliebe der Unternehmer wieder einmal treffend illustriert. In Nr. 52 der Metallarbeiter-Zeitung vorigen Jahres ist auf Seite 415 ein Briefwechsel der Bezirksleitung des 9. Bezirkes mit dem Verband Metallindustrieller in Württemberg veröffentlicht. Die Bezirksleitung hatte unterm 10. Dezember 1909 bei diesem Verband angefragt, welche Stellung er zu der Errichtung eines Arbeitsnachweises einnimmt.

Und was antwortete darauf der Verband Metallindustrieller in Württemberg? „Es ist zutreffend, daß der Verband Metallindustrieller in Württemberg einen Arbeitsnachweis zu errichten beabsichtigt.“

Wir möchten nun doch wissen, ob sich das „militärische Gehgefüh!“ des Herrn Majors Bürger, der den Brief an die Bezirksleitung und den Geschäftsbericht mit unterzeichnete, nicht gestirbt hat, als er eine solche Antwort erteilen mußte.

Noch schöner aber ist die Darstellung der „Arbeitsstelle“. „Wenn der Arbeitgeber bei Einstellung eines Arbeiters nach dessen bisherigen Verdienst und Leistung sich erkundigt, so ist er in seinem vollen Recht; mehr will er von der Auszubildenden nicht wissen und mehr erfährt er auch nicht“, heißt es so in dem Bericht. Ja, haben denn die Herren ein so „kurzes Gedächtnis“, daß ihnen ihr Rundschreiben vom 28. November 1908 (siehe Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 4, 1909) über diese Sache nicht mehr erinnerlich ist? Darin heißt es über die Ausfüllung der „Meldearten“ auch:

... außerdem sind solche Bemerkungen anzugeben, welche für spätere Arbeitgeber Interesse haben und für die Frage der Einstellung des Arbeiters von erheblichem Einfluß sind, zum Beispiel Kranker, Feher, Blamacher und dergleichen.“

Und zur noch besseren Gedächtnisaufrischung wollen wir das Meldeformular hier wiederholen, das so aussieht:

Formular für eingestellte Arbeiter. (Wird nach Kontrolle an die Firma zurückgeschickt.)

Table with 7 columns: No. u. Vorname des Arbeiters, Beruf, Geburtsort, Geburtszeit, Tag des Eintritts, Alter, Bemerkungen. Includes entries for Keller, Ernst; Müller, Heinrich; Hiller, Friedrich; Kandler, Marie.

Beilage 2.

Wir sind nun neugierig, ob die Herren es nun noch abwarten werden, daß die Metallarbeiter nicht mehr als den Verdienst und die Leistungsfähigkeit wissen will und der Unternehmer nicht mehr erfährt.

Der Bericht geht dann auf die im Geschäftsbericht vorgeschlagenen Differenzen zwischen Arbeitern und einzelnen Firmen ein. Er sagt über den allgemein schlechten Geschäftszustand und schließt alle Schuld einzig und allein den von der Organisation „verhögten“ Arbeitern in die Schuhe. Richtig ist die Beschuldigung der Arbeitgeber, die man nun einmal nicht weglassen kann.

Lohnfragen wurden im Allgemeinen vermieden; bei einzelnen Firmen wurden Abfordrungen infolge verbesserter Produktionsmethode herabgesetzt, was dann meistens zu Differenzen führte. Da die allgemeine Lage die Gewerkschaften dazu zwang, größere Kämpfe zu vermeiden, so waren derartige Abfordrungen für sie eine willkommene Gelegenheit, die Kriegstrommel zu rühren, unbestimmt darum, ob die Arbeiter, wie sich bei den darüber geführten Verhandlungen herausstellte, nach der Regulierung mehr verdienen als vorher.

Was der Bericht über die Differenzen bei Ritz & Schwoitzer in Schwab. Gmünd enthält, geht über das hinaus, was man selbst vom Gegner zu erwarten geöhnt ist. Der Verband Metallindustrieller in Württemberg weiß, warum dort Differenzen entstanden sind. Die „Gehereikommission“ hat selbst nicht darüber hinweggelassen, zu konstataren, daß „dort nicht alles so war, wie es sein sollte“, aber — die Arbeiter haben eben die Schuld und die Firma verdient in Schutz genommen zu werden.

Daß die Metallindustriellen aber auch anders können, zeigt ihr Verhalten über eine Bewegung der Heizungsmonteure. Darüber führen sie folgendes aus: „Schließlich sei noch eine Bewegung der Heizungsmonteure erwähnt, bei welcher es sich um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung handelte. Die Heizungsmonteure forderten von den Heizungsfirmen Erstattungen, welche trotz ergangener Aufforderung den Eintritt in den Verband ablehnten, den Abschluß eines Tarifvertrages, der auch nach längeren Verhandlungen zustande kam.“

Die Angelegenheit der Heizungsfirmen des Verbandes, welche sich in einer Abteilung ihres Betriebes auch mit Heizungsanlagen befassen, das Anfirmen, diesen Vertrag ebenfalls anzuerkennen. Der Vorstand hat sich in einer besonderen Sitzung in Gegenwart von Vertretern beider Firmen mit der Angelegenheit befaßt und nach eingehender Beratung beschlossen, nach wie vor an dem Grundsatze festzuhalten, daß die Mitglieder keine Tarifverträge mit Mindestlöhnen abzuschließen dürfen; mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse wurde jedoch den beiden Firmen freigestellt, mit den Heizungsfirmen die ihnen geeignet erscheinenden Vereinbarungen zu treffen.“

Wie man sieht, geht es auch „anders“: die nachstehend im Bericht behandelte „prinzipielle“ Stellung hat also schon eine Rude, die sich mit der Stärke des Organisationsverhältnisses der Arbeiter noch wesentlich vergrößern dürfte. Zur Frage der Tarifverträge wird in dem Bericht geschrieben:

„Unsere Ansicht über den Wert der vielgepriesenen Tarifverträge haben wir schon wiederholt, auch im letzten Geschäftsbericht, zum Ausdruck gebracht. Wenn es noch eines weiteren Beweises für die Berechtigung unserer ablehnenden Haltung gegenüber den Bestrebungen nach Tarifverträgen bedürfte, so hat ihn der schwedische Generalstreik erbracht. Dieser liefert ein besonders lehrreiches Beispiel dafür, wie es die Arbeiter mit der Tarifstreue

bräun und Eisenbahnen gebaut und Arbeiter ausgepreßt. Als dann Japan in zwei langen Reihen mit den gelieferten Nordwerkzeugen gezeigt hatte, daß es den anderen Völkern „ebenbürtig“ sei, wurde es von der christlichen Welt zu einem „Kulturvolk“ — ernannt.

Wie steht es nun eigentlich mit der Kultur, dem Fortschritt, der Industrie im neuen Japan? Eine große Zahl von Büchern über diese krause Frage hatte ich gelesen — und war so klug wie zuvor. Sollte es mir gehen wie in Amerika? Dort hoffte ich nach der gewonnenen Riküre eine Demokratie zu finden, und fand eine Autokratie; anstatt Freiheit Unterdrückung wie anderswo; an Stelle allgemeinen Wohlstandes ein ausgebeutetes Proletariat (Armenfriedhof); an Stelle bürgerlichen Anstandes verbrecherische Korruption; an Stelle „amerikanischer Smartness“ verblüffende Naivität, wenn nicht Dämlichkeit.

Die Hand es mit der Kultur, dem großen Fortschritt, dem glänzenden Aufmarsch des Volkes in der Schule? Ist es wahr, was ich über seine konstitutionellen Freiheiten, über seine Intelligenz, seinen sich hebenden Wohlstand, seine große Industrie und prächtigen Handel, seine Gewerkschaften und — last not least — über seine sozialistische Bewegung gelesen hatte? Oder sollten sich die Autoren dieser herrlichen Neuheiten in der Rolle des deutschen Handelsbüchsen befunden haben, der für lange Verpflegung hohe Profiteure sagt? Oder sollte Lob und Tadel über Japan in einem Verhältnis zu der Masse der vertriebenen Hosensträger, Bruchhändler, Willen, Wägen, Gefangenen, frommen Traktanten und ähnlichen Omasdabereiten stehen?

Der erste Eindruck. Aber wo ist Japan? Eine kleine Ewigkeit reise ich nun im schwer verpackten Koffer auf dem Kaiserlichen Dampfer und spüre es immer: wenn man sich ein halbes Menschenalter auf einen wichtigen Moment vorbereitet, ihn erwartet, erfährt hat, werden einem die letzten Augenblicke zu nicht ertragbaren Unendlichkeiten. Da halte ich auf zwei Kontinenten die Silber von Ambachtsen, Küsten, Städten, Dörfern und Menschen gesammelt, in mein Gehirn gepreßt, sie während des wochenlangen Schaulustmarsches durch die Wasserläufe, stiller Ozean genannt, kultiviert, wieder lebensfähig gemacht, um sie in der japanischen Welt zu Vergleich, Kritik und Kontrast zu gebrauchen. Und nun steht der Ausführung dieser Absichten ein schwarzgraues Dunkel im Wege.

Doch auch der Ungebuld wird Sieg. Leicht beginnt es zu dämmern. Wir erblicken eine prächtige Strandpromenade, von Baum- und Eisenbahnen gebaut und Arbeiter ausgepreßt. Als dann Japan in zwei langen Reihen mit den gelieferten Nordwerkzeugen gezeigt hatte, daß es den anderen Völkern „ebenbürtig“ sei, wurde es von der christlichen Welt zu einem „Kulturvolk“ — ernannt.

Wie steht es nun eigentlich mit der Kultur, dem Fortschritt, der Industrie im neuen Japan? Eine große Zahl von Büchern über diese krause Frage hatte ich gelesen — und war so klug wie zuvor. Sollte es mir gehen wie in Amerika? Dort hoffte ich nach der gewonnenen Riküre eine Demokratie zu finden, und fand eine Autokratie; anstatt Freiheit Unterdrückung wie anderswo; an Stelle allgemeinen Wohlstandes ein ausgebeutetes Proletariat (Armenfriedhof); an Stelle bürgerlichen Anstandes verbrecherische Korruption; an Stelle „amerikanischer Smartness“ verblüffende Naivität, wenn nicht Dämlichkeit.

Der erste Eindruck. Aber wo ist Japan? Eine kleine Ewigkeit reise ich nun im schwer verpackten Koffer auf dem Kaiserlichen Dampfer und spüre es immer: wenn man sich ein halbes Menschenalter auf einen wichtigen Moment vorbereitet, ihn erwartet, erfährt hat, werden einem die letzten Augenblicke zu nicht ertragbaren Unendlichkeiten. Da halte ich auf zwei Kontinenten die Silber von Ambachtsen, Küsten, Städten, Dörfern und Menschen gesammelt, in mein Gehirn gepreßt, sie während des wochenlangen Schaulustmarsches durch die Wasserläufe, stiller Ozean genannt, kultiviert, wieder lebensfähig gemacht, um sie in der japanischen Welt zu Vergleich, Kritik und Kontrast zu gebrauchen. Und nun steht der Ausführung dieser Absichten ein schwarzgraues Dunkel im Wege.

Doch auch der Ungebuld wird Sieg. Leicht beginnt es zu dämmern. Wir erblicken eine prächtige Strandpromenade, von Baum-

Im Lande der aufgehenden Sonne.

Von Shagrin.

II.

Die Kaiserzeit.

Horch! Die Antike ist tot! Die Epiroten sind schon auch nicht mehr! Auf die Antike des Meeres unter den Dürren. Ganz leise jähren die Reiter der „Mia“ im Wasser. Eine ganz ungewöhnliche, fast heilige Stille nach jahrelangen freien Seiten. Sollten wir endlich das Ziel, Japan, erreicht haben? Sollten wir schon das glänzende Schiff für immer verlassen müssen? Sinesis! Sinesis! Was ist das, was Gewissheit zu jähren.

Nach ist es Nacht. Vom Morgenrot ist kein Zeichen. Die ganze Schiffsweltung liegt noch tief im Schlaf, als ob sie noch einmal müde wäre, ehe sie hinausgeritten wird in eine unbekante, fremde, eigenartige Welt.

Wir sind im Hafen von Yokohama. Kein Zweifel mehr. Rings umher in weiten Himmeln Dampf aus aller Welt mit Flaggen und Wimpeln, die noch schwer zu erkennen sind und nur von Nebelglocken zu erkennen sind. In einiger Entfernung jähren ein weißer Dampfer, dessen Masten die Farben des Reiches der Deutschen trägt. Ein japanischer Boot hat sich ein hocher Kolos in bleibend weiten Reihe gelagert. Der ist dieser jähren Dampfer? Der Morgenwind hat die Antwort finden. Sinesis, jähren werden, jähren er die Flagge des großen Unbekannten, um schließlich nach kurze Tage hier herben vorzubereiten zu entlassen: schwarz-weiß-rot! Ein jährenes Stücken deutscher Heimat in fremden Landen. Wie wohl das ist!

Geschichtliche Reminiscenzen.

Welche Erinnerung der Dinge! Noch vor einem halben Jahrhundert war hier kein fremdes Schiff, kein japanischer Mast zu sehen. Und heute liegen die Fahrgänge aller Nationen friedlich, ungeschoren in den Häfen Japans. Die Nachfolger des Seehelden Francis Xavier (1549) wurden mit fast wachsendem Gelingen empfangen. Doch aber Schwierigkeiten genug es, sich hier zu machen. Die Gänge machten die Fischer dreißig und vierzig: nach ihnen kam der Papst. In das Land zu unterwerfen. Dieses und noch anderes führte zu einer Epirotenförmigen durch die Apokalypse, die an Wichtigkeit, Schwere und Bedeutung der heiligen Inquisition gleichkam. Dieses Volk Xiens jähren schon damals seine heiligen Güter — vor dem wachsenden Aufstehen.

Große Belohnungen wurden ausgesetzt für Informationen über die ausländischen Künste. Christen und Christentum wurden als Ja-kyo (schlechter Weg, schlechte Art) gebrandmarkt. Auch die mit unendlicher Geduld und Nachgiebigkeit angeknüpften Handelsbeziehungen wurden vernichtet. Nur noch drei holländische Schiffe durften im Hafen von Nagasaki ankern. Sie hatten sich schmachvoller Behandlung und entehrender Diskretion zu unterwerfen. Den Angehörigen der holländischen Handelsgesellschaft wurde ein Inselchen überlassen, wo sie eher wie Gefangene behandelt wurden.

Nach diese totale Vernichtung der Verbindungen mit dem Ausland und Zurückweisung der Fremden und Vernichtung der Christen wurden die Verbindungen geschaffen für eine große Periode des inneren Friedens. Diese Zeit (1600 bis 1867), die in scharfem Kontrast zu dem vorhergehenden, durch Krieg und blutige Söldner ausgefallenen Jähren stand, wird von den japanischen Schriftstellern der „Große Friede“, oder auch der „Lange Schlaf“ genannt. Während Japan schlief, schafften sich die anderen Nationen Kraft, Wohlstand, Handel, Kulturen, Edel und Glanz. Der amerikanische Admiral Perry brach (1853) jähren den Schlaf des kleinen inneren Japans. Die wachsenden Schiffe besaßen die weißen Zentner. Aber noch viel mehr ihre kühnen Schiffe, die ohne Segel gegen die Winde liefen, deren veraltetes Lang Eisenrohr, aus deren Rauch und Knall und Heulen Jang kam, gegen das Gott Buddha ein Rezept zu hinterlassen hergehen hatte. Die Schlaftrunkenheit ließ noch nicht jähren, was dies alles zu bedeuten habe. Aber sie ließ doch immerhin erkennen, daß die zurückgebliebenen Kaffen“ aus der Fremde Geld, Wissen, Kraft und Waffen hatten, und daß mit ihren Schiffe großen Schaden für Land und Menschen bringen wäre.

Doch mit der Isolation geschwiegen werden mußte, war klar. Wenn man sich nicht mit den Weisen auf guten Fuß stellte, um sich ihr Wissen und ihre Waffen anzueignen, konnte Japan das Schicksal Japans teilen. Aus der Not wurde eine Tugend gemacht: das Land wurde geöffnet und mit asiatischer Schamlosigkeit und moderner Eile versucht, hinter das Geheimnis der Macht der Weisen zu kommen. Die Herrscher haben in der Europäisierung des Landes das beste Mittel, die Unabhängigkeit zu wahren.

Der Feudalismus wurde einer zentralen Autokratie Platz (der später ein konstitutionelles System angelehnt wurde), Schiffe wurden gekauft, militärische Instruktoren, Lehrer und Techniker geschickt, Ebnen des Landes in fremde Länder geschickt, Ja-

haben. Beiträge, die bezahl werden, daß es während ihrer...

Daß ein solcher Vertragsbruch nicht etwa eine einzelne, durch...

Wenn seitens der Arbeiter beim Tarifvertrag den Unternehmern...

Anders der Unternehmer. Er ist auf jeden Fall an den Tariflohn...

Angehörig solcher Vorgänge und Anschauungen können wir unmöglich...

Wenn von den Industriellen ein Artikel der „Neuen Zeit“ ausgeht...

Zum besseren Verständnis der Leser wollen wir hier die betreffenden...

... diesen (den Unternehmern nämlich) fehlt der Sinn für gewerbliche Ordnung...

Wenn sich die württembergischen Industriellen dieses Charakters...

Auf die bis jetzt noch nicht allgemein eingeführte „Krankenkasse für nichtorganisierte Arbeiter“...

Dem Beschluß der letzten Verbandsversammlung entsprechend und der aus der Mitte...

Ob die Erfüllung dieser Einrichtung bei der Firma Die (Ehlingen) gerade ein „Brückstein“...

und Gärten gesäumt, mit zwei, drei, ja vierstöckigen Häusern, reinen Palästen...

Das weiße Firmament ändert seine Farbe. Aus dem schwarzen Grau wird ein dunkles Rot...

Zierlichkeit ist ein Charakterzug des Landes. In Japan ist alles klein: Menschen, Häuser, Gärten...

Mittlerweile ist's auch an Bord lebendig geworden. Den meisten Passagieren ist es noch...

Während die Besatzung der Gasolinboote mit den Kajitapassagieren hinausschreit...

arbeiten ist und daß unsere Kollegen noch am Werk sind. Dann hier heißt es noch mehr als sonst: den Klagen wider...

Über die Walfelder ist zu lesen: In dem Umfang der Arbeiter ist gegen das Vorjahr eine...

Dann wird die Frage aufgeworfen, ob die Beschlüsse der letzten Generalversammlung...

„Eine Frage von weittragender Bedeutung für die Arbeiter, schaff ist die Fürsorge für die Jugend, eine Frage, mit der sich der Vorstand im Berichtsjahre bereits beschäftigt hat...

Der Lehrherr kann im Lehrvertrag vereinbaren, daß der Lehrling ohne seine Genehmigung weder Vereinen beitreten, noch Versammlungen besuchen darf.“

Eine ähnliche Bestimmung ist in dem vom Verband mitteldeutscher Handelskammern herausgegebenen „Fabrik-Lehrvertrag“...

Die von einer Seite gemachte Einwendung, daß eine solche Bestimmung mit der Gewerbeordnung nicht vereinbar sei...

Es dürfte sich ferner empfehlen, Lehrlingsheime, Jünglings- und andere auf dem Boden der bestehenden Gewerkschaftsorganisation...

Also, diese patentierten Staatsfischen wissen ganz genau, daß das, was sie empfehlen, mit dem Gesetz im Widerspruch steht...

Bezeichnend ist es gewiß, daß in dem Bericht mit keinem Wort unsere „lieben Freunde“, die Christen und Kirche,...

selbst das wichtigste Signal, das der glückliche Seereisende kennt, das Signal zum Essen, verloren. Jetzt ist weder Zeit noch Mühe, sich mit einer so ordinär menschlichen Sache aufzuhalten...

Japanische Boote und Bootsleute. Lauter Stimmen dröhnen an den Schiffswänden entlang. Ein Blick über Bord zeigt, daß sich inzwischen in größter Gerüchlichkeit ein reges Leben um das Schiff konzentriert hat...

Die Sampans erregen Neugierde. Welchen Zweck hat dieses Gauschen, diese eingelegte Sänfte am Ende des Bootes? Es ist der Aufenthaltsort des Passagiers. Bei Sturm und Wetter schlängelt er sich da hinein, schließt Lüre und Schiebläden am Dach...

Die Sampans erregen Neugierde. Welchen Zweck hat dieses Gauschen, diese eingelegte Sänfte am Ende des Bootes? Es ist der Aufenthaltsort des Passagiers. Bei Sturm und Wetter schlängelt er sich da hinein, schließt Lüre und Schiebläden am Dach...

Während die Besatzung der Gasolinboote mit den Kajitapassagieren hinausschreit, insipien die Sampansleute mit den Zwischendecklern (Japanern und Chinesen) Geschäftsverbindungen an. Aber weder die einen noch die anderen lassen die gelbe Flagge aus dem Auge...

herabsteigt, stürzt die Mannschaft in den Booten die Treppen und Leitern hinauf. Man wird einfach überfallen. Zwanzig Hotelmensen sprechen gleichzeitig auf einen ein. Sie sprechen in allen Sprachen und man versteht sie doch nicht. Der Wortschwall verblüfft, ängstigt. Man konzentriert sich rüdwärts. Und so tut der Hotelmenschentrost. Doch nur, um einen ganz im Kundenfang verstrickten allein voranzutreiben: Vertreter des Grand Hotel, feinste Lage, willigste Preise — knallt einem in die Ohren. „Wieviel pro Tag?“ — „Neun Yen“ (1 Yen = 2 M.). „Wieviel Nachtessen?“ — „Drei.“ — „Wieviel Gänge die Mahlzeit?“ — „Zehn!“ — Nur 18 M. pro Tag — ohne Trinkgelber natürlich — ist eigentlich wenig. Aber bestwegen auch nur 3 x 10 — 30 Gänge pro Tag. Na, schließlich ist der Magen eines deutschen Handwerksburschen dahinter auch nicht überladen worden. Ich akzeptiere. Die nächste Minute findet Miller Schagrin und Gepäd im Boot. Noch einen schwermütigen Abschiedsblick auf die gaslichte „Asia“ — und wir schmurren dem Zollhaus zu.

Auf japanischem Boden. Die Brutalität der amerikanischen Zollbeamten sieht man glücklicherweise hier nicht. Im herrlichsten Lande der Welt — Amerika — werden bei der Zollrevision die Koffer aufgedröhrt, zerschaut, gefüllt, die Lumpen herangezogen, herausgeworfen und dabei wird noch Noten geschmeißelt und gepudelt. In Yokohama geht's förmlich und ätzlich zu. Sachte werden die Koffer hingestellt und bestümmelt der Inhalt gemustert. Gründlich wird auch hier revidiert. Besonders auf Tabak und Zigarren geht die Jagd. Das Warum wird gleich verständlich, wenn man hört, daß ein Zoll von 350 Prozent auf diesen Unkraut liegt. Daß in meinem Koffer die Suche nach Diamanten, Perlen, Goldbarren, Damaststoffen, selbsten Unterhosen und ditto Schneehemden total resultatlos verlaufen müßte, hatte ich mir schon längst gedacht. Aber der Zollmensch brauchte eine Viertelstunde, um sich meine Einkäufe anzueignen. Er malte einen Scherz auf meine Riffe und entließ mich, gnädiglich schmunzelnd. So keuerte ich hinaus, neuen Zielen entgegen.

Verichtigungen. Im Artikel I ist auf Seite 42 zu lesen: in Absatz 1 Zeile 11 statt „Kopfte“; in Absatz 5 Zeile 22 statt „banmlangen“; baumelnden; auf Seite 43 in Absatz 9 Zeile 6 statt „Yoker“; „Joker“; in Absatz 10 Zeile 5 statt „eines“; keines.

erlaubt hat. Nur um den Deutschen Metallarbeiter-Verband dreht sich der Bericht, gemäß die glatte Behauptung dafür, was wir immer schon wußten: daß die andern „Organisationen“ von den Unternehmern gar nicht des Staates, weil gehalten werden.

Dem Poffenbericht entnehmen wir, daß die Einnahmen infolge des Aufwandes 17 430,44 M. betragen, das Gesamtvermögen belief sich am 30. September 1909 auf 8499,55 M.

Wir schließen unseren Bericht mit der dringenden Bitte an alle Mitglieder, die Interessen des Verbandes und damit ihre eigenen durch Gewinnung der noch ausstehenden Firmen nach Kräften zu fördern. Es gibt in dieser Beziehung noch sehr viel zu tun und ein Erfolg ist nur mit tatkräftiger Unterstützung der einzelnen Mitglieder sicher. Nur vereinte Kräfte führen zum Ziel!

Zugleich mit dem Bericht wurde uns ein Rundschreiben des Verbandes württembergischer Metallindustrieller vom 23. Dezember 1909 und ein Abdruck aus den Mitteilungen Deutscher Arbeitgeberverbände über „Passive Resistenz“ zugängig. Am den letzten Punkt zuerst zu nehmen, sei kurz bemerkt, daß ein Dr. Wagner (Berlin) sich bemüht gefühlt hat, die alten abgebrochenen Gemeinplätze über die Frage zum besten zu geben, die auch dadurch nicht besser werden, daß sie ein „Doktor“ wiederholt. Ein Wort dagegen zu schreiben, wäre dem Geselst zu viel Ehre angehen.

In dem Rundschreiben vom 23. Dezember 1909 sind jedoch noch einige Dinge enthalten, die wir nicht übergehen dürfen. Es wird darin wieder auf die Ausrüstung hingewiesen und bemerkt, daß ihre Benutzung für alle Mitglieder obligatorisch ist. Ferner wird die dringende „Bitte“ mit Fettdruck ausgesprochen, „die vorgezeichneten Listen vollständig ausgefüllt mindestens wöchentlich einmal einzusenden.“ Das schwarze Kabinett soll also zur vollen Wirksamkeit seiner schändlichen Tätigkeit emporgezüchtet werden.

Auch auf die Jugendfürsorge wird verwiesen und empfohlen, alle im Geschäftsbericht vorgeschlagenen Mittel und Wege zu benutzen, um die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter vor dem sozialdemokratischen Einfluß zu bewahren.

Ferner wird in dem Rundschreiben mitgeteilt, daß künftig der Jahresbeitrag auf 1 M. für je 1000 M. der bei den Berufsgenossenschaften als versicherungspflichtig anzumeldenden Jahreslohnsumme beträgt und das Eintrittsgeld bis 31. Dezember 1910 25 M., vom 1. Januar 1911 an 50 M. für je 1000 M. derselben Lohnsumme, mindestens aber 20 M. betragen soll. Für diese Beitragsbefreiung fällt aber künftig der Beitrag für die Ausrüstung weg.

Vorliegender ist jetzt E. Kaufmann von der Firma Siehmann in Feuerbach, sein Stellvertreter Direktor Kehler von der Ehlinger Maschinenfabrik. Dem Vorstand gehören ferner noch an: E. Reins, Fr. Dieck und die ehrsamen Schlossermeister Frion und Gabel. Von den aufgeführten Kommissionen dürfte nur die Ausrüstungskommission weiteres Interesse erwecken. Ihr gehören an: die Vertreter der drei größten Firmen: Ehlinger Maschinenfabrik, Daimler-Werte und Boith in Göttingen und die Herren A. Girth (der „Samfabrik“) und G. Böhlinger in Göttingen.

Wenn es den Verband Metallindustrieller in Württemberg schwerlich nicht sehr freut, daß wir seine Interna hier der breiten Öffentlichkeit zu Nutz und Frommen unterbreiten, so werden doch die organisierten Arbeiter ein um so größeres Interesse daran haben. Ersehen sie doch aus dem Bericht ohne weiteres, daß die Gegner nicht rasten und nicht ruhen und daß ihr ganzes Bestreben sich richtet gegen die Freiheitsbestrebungen der organisierten Arbeiterschaft. Diese Tatsache beweist, daß die organisatorische Geschlossenheit der Arbeiterschaft dringend nötig ist, daß jeder uns noch fernstehende Kollege gewonnen werden muß für den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Dann findet Unternehmervillie und Unterdrückung eine Grenze. Spartacus.

Die Firma Karl Zeiss in Jena im Lichte der Kritik.

Von O. Wäntler (Jena).

In der Besprechung des Auerbach'schen Buches „Das Zeisswerk und die Carl Zeiss-Stiftung in Jena“, die vor acht Jahren in der Neuen Zeit erschien (Neue Zeit, Nr. 48, 21. Jahrgang (1909/10), Seite 701 ff.), hob Genosse Grünwald bereits hervor, daß auch in den Zeiss-Berichten trotz aller erfreulichen und anerkannter Verdienste Abweichungen von dem allgemeinen kapitalistischen Standpunkt, die das Stiftungsgesetz zugunsten der Arbeiter festlegt, der wesentliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht aufgehoben wird, und daß die Verwaltung auch bei strengster Befolgung des Statuts den Arbeitern auf die Leitung des Betriebs keinerlei irgendwelche maßgebenden Einfluß zu gewähren braucht. Es dürfte deshalb für die Leser der Neuen Zeit nicht uninteressant sein, heute zu erfahren, ob diese Schlussfolgerungen von den Tatsachen bestätigt oder widerlegt worden sind, und wie sich — besonders seit dem Tode Ernst Abbes, des hochherzigen und selbstlosen Gründers der Stiftung — in diesem angeblichen Musterbetrieb, über den auch heute noch in den Arbeiterkreisen Deutschlands und des Auslandes recht phantastische Vorstellungen kursieren, die Verhältnisse weiterentwickelt haben.

In den nachfolgenden Zeilen soll versucht werden, zunächst nachzuprüfen, ob und inwiefern die Abbes'schen Ideale sich erfüllt haben oder sich überhaupt erfüllen konnten. Weiter sollen die durch die kapitalistische Produktionsweise geschaffenen inneren Widersprüche des ganzen Systems einer kurzen Betrachtung und kritischen Würdigung unterzogen werden.

Die Zeiss'schen Betriebe sind ein typisches Beispiel dafür, daß es trotz aller Hochherzigkeit und allem Altruismus doch immer nur eine Utopie bleiben muß, im Zeitalter des hochentwickeltesten Kapitalismus die Interessen zwischen Arbeiter und Unternehmer auszugleichen zu wollen und die Schaffung eines neuen Mittelstandes an Stelle des alten auch nach Abbe zum Untergang verurteilt, als der Weisheit letzter Schluß zu betrachten.

Die optische Werkstätte wurde im Jahre 1846 von dem Optiker Carl Zeiss gegründet. Im Jahre 1866 trat der damalige Privatdozent und spätere Professor der Mathematik und Physik Ernst Abbe (Sohn eines Spinnermeisters in Eisenach) als wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Firma ein. Im Jahre 1875 wurde Abbe Zeiss' beherrschend bedeutend vergrößerten Geschäftes. Nach langwierigen erfolgreichen Untersuchungen stellte Abbe die Optik des Mikroskops, dessen Wesen man bis dahin noch nicht genügend kannte, auf eine feste wissenschaftliche Basis; er ersetzte das bisherige empirische Verfahren durch das rationale. Abbe erkannte auch frühzeitig die Notwendigkeit eines „geordneten Zusammenwirkens von Wissenschaft und technischer Kunst auf ihrem ganz besonderen Arbeitsfeld“ an. Hand in Hand mit der Schaffung der neuen wissenschaftlichen Grundlage der Optik ging eine ununterbrochene Vervollständigung der Produktionsmittel, die bald zu den gewaltigen Erfolgen und riesigen Gewinnen führte, deren sich die Firma heute noch zu erfreuen hat.

Es werden jetzt circa 2500 Personen beschäftigt. Im Glaswerk, das nach dem Tode oder Austritt des jetzigen Inhabers, Dr. Schott, ebenfalls der Stiftung einverleibt werden wird, beträgt die Zahl der beschäftigten Personen circa 1100.

Nach dem Tode von Carl Zeiss im Jahre 1888 und dem Rücktritt seines Sohnes im Jahre 1889 übernahm Abbe die alleinige Leitung der Geschäfte. Bereits am 1. Juli 1891 gründete er die Carl Zeiss-Stiftung, an die er nicht nur sein persönliches Eigentumsrecht und seine Zeissherrschaft an der mit Dr. Schott gegründeten Glasfabrik, sondern auch sein bis dahin erworbenes riesiges Vermögen bis zur gesetzlich zulässigen Grenze abtrat. Abbe selbst begünstigte sich mit der Stellung und dem Gehalt eines Mitgliedes der Geschäftsleitung. Ausgeführt auf die Motive zu diesem Schritte einzugehen, würde zu weit führen; die Idee, die Abbe zur Stiftung veranlaßte, war die Frucht längerer innerer Kämpfe.

Nach Abbe hängt die Zukunft des deutschen Volkes davon ab, daß ein gesunder, kräftiger Mittelstand vorhanden sei, der die Stelle des alten untergehenden Handwerkerstandes einnehmen und ihm nach seiner wirtschaftlichen und persönlichen Lage gleich sein sollte. Die Bewandlung dieser Auffassung mit den Ideen aller und neuer Utopisten ist klar.

Seine Wohltaten, sondern Rechte für die Angestellten“, war Abbes hochherziger Grundgedanke. Dies ist es auch, was ihn umhob über alle Krämpfe und Sinnen, aber auch über seine jetzigen Sachverwalter. Es ist nicht Abbes Schuld, wenn die Verhältnisse später sind als seine schönsten Ideologien. Unrechtlich weicht auch durch seine Ideen ein Grund des Sozialismus. Er achtete die arbeitenden Klassen ebenso sehr, wie er die nichtarbeitenden, nur geistigeren, bevorzugte.

Was ist das deutsche Volk? fragt Abbe. Sind es die paar Lumpen, welche als Nachkommen ehemaliger Feudalherren oder als bauerliche Arbeiter und Hypothekengläubiger die Besitztümer an großen Städten besitzen? Sind es die paar Hunderttausende, welche als Erben des alten Volkstums der Städte oder durch Glück und eigene Tatkraft und begünstigt durch die bisherigen Wirtschaftsverhältnisse zu mehr oder minder großen Reichtümern gelangt sind? Die richtige Antwort kann nur lauten: Weder die einen noch die anderen — sondern mit beiden zusammen auch noch das den fünfzig Millionen die neuerschaffte, die der weitaus größten Teil aus in lässlicher, freier Arbeit ihr Dasein vollbringen mit wenig ganz geringem persönlichen Anteil an den Gütern einer erhabenen Kultur, und die, jeder einzelne von ihnen bedeutendster wie der Tropfen im Meer, doch in ihrer Gesamtheit das große Reservoir abgeben, aus welchem alle wirtschaftliche und geistige Aktion des deutschen Volkes nicht minder wie die Verteilung seines Reichtums in letzter Reihe ihre Kraft schöpft — die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, zu welchen die oberen Stände, die Träger von Bildung und Wohlstand sich verhalten, nur wie Blüten und Früchte des Baumes zu Stamm und Wurzel, aus deren Wäldern und Hüften ihr Leben quillt. Und damit ist gesagt, daß unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen, alle Stände gleichmäßig umfassenden Volkswohls kein Einzelner eine wirtschaftliche Aufgabe haben kann als die Sorge, Stamm und Blume seines Volkstums dauernd gesund und kräftig zu erhalten.

Nachdem Abbe dann weiter von der Wiedererneuerung eines breiten gesunden Mittelstandes und von der damit verbundenen Lösung der Rechtslage der von industriellen Unternehmern abhängigen Personen gesprochen, sagt er weiter:

Gegenüber solchen Forderungen, auf denen noch Millionen von Menschen ruhen, können einzelne Güter zu bestanden sein, wenn eine größere Aufgabe für die Gesellschaft die Unternehmung anfallen würde, von dem Uebertragungsgegenstande, jedoch er hauptsächlich über die gewöhnliche Kapitalverwaltung, allgemeine Kapitalverwaltung und rechtliche Einwirkung der einzelnen Unternehmer für ihre persönliche Arbeit, einen Teil immer zurückzulegen in einem an ihr Unternehmen selbst gebunden bleibenden, persönlicher Anwartschaft entbehrenden Rezervefonds zur Sicherung größerer sozialer Leistungen. Damit könnte vielleicht schon für eine Million industrieller Arbeiter und Privat-

beamten in Deutschland eine wesentliche Erhöhung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Lebenslage herbeigeführt werden.

Um seine Grundideen für alle Zeiten festzulegen, gab er die Form einer Stiftung als Unternehmern als das kleinere Übel an und wollte, wie aus seinem feinergelegtem Rundschreiben hervorgeht, „für die wirtschaftliche Sicherung und sachgemäße Verwaltung der beiden Unternehmungen auch für eine entferntere Zukunft größere Gewähr schaffen, als Privatunternehmer auf die Dauer zu bieten vermögen“. Abbe behauptete einmal, daß das Statut insofern einen schwerwiegenden Fehler aufweise, als es von dem wirtschaftlich Starben dem wirtschaftlich Schwachen billigt und nicht von letzterem abgerungen sei.

Das Stiftungsstatut selbst bietet wohl ein in sich abgeschlossenes System, aber mit so bedauerlichen Grenzen nach allen Seiten hin, daß es in der Hand einer reaktionären Geschäftsleitung sehr leicht zu einem Instrument der Umbeugung oder Rechte in gnädigster gewährt Wohlstand werden kann, wie man es in jüngster Zeit so häufig beobachtet konnte.

Zunächst interessiert uns jenes von Abbe neugeschaffene Arbeiter- und Angestelltenrecht. Wie haben dabei zu erörtern, was Abbe wollte und was die rauhe Wirklichkeit herausgemacht hat.

„Die Wiedererneuerung eines gesunden Mittelstandes auf dem Boden einer organisierten Wirtschaftstätigkeit der Großindustrie“ bezeichnete er in den Motiven als dringendstes Staats- und Volksinteresse. Durch Gewährung bestimmter Rechte an die von industriellen Unternehmern abhängigen Personen und durch geordnete, sachgemäße Anwendung der bisherigen Rechtsverhältnisse zwischen Arbeiter und Unternehmer glaubte er dieses Ziel erreichen zu können. Aufgabe der einzelnen Unternehmer sollte es sein, „das öffentliche Arbeiterrecht der Reichsgewerbeordnung und der einschlägigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs durch ein besseres privates Arbeiter- und Angestelltenrecht zu ersetzen“.

Diesem Grundgedanke Ernst Abbes, auf die Wiedererneuerung eines gesunden Mittelstandes hinzuwirken, haben seine Nachfolger sehr wenig Rechnung getragen. Denn sonst könnte man es nicht verstehen, daß sich auch in der Firma Carl Zeiss seit dem Tode des Stifters die Frauenarbeit immer mehr mehrt. Dies aus genau denselben Motiven, die auch bei jedem anderen kapitalistischen Unternehmen maßgebend sind, nämlich wegen der Billigkeit. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat vor einigen Jahren die Firma wegen dieser offensbaren Verletzung des Stiftungsstatuts bis beim Reichsgericht verklagt, ist aber, wie nicht anders zu erwarten war, überall abgewiesen worden. Heute sind bereits circa 200 Frauen und Mädchen im Betrieb als Lohnrückerinnen beschäftigt.

In Bezug auf das erwähnte Angestelltenrecht bestimmt dann auch das Stiftungsstatut zunächst, daß bei Anstellung der Beamten, Geschäftsführer und Arbeiter jederzeit ohne Ansehen der Abkunft, des Bekenntnisses und der Parteistellung verfahren werden soll. „In der freien Ausübung der allgemeinen persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte außerhalb des Dienstes darf niemand unmittelbar oder mittelbar behindert, Arbeitern wie Beamten, die zu ehrenamtlicher Tätigkeit im Reichs-, Staats- oder Gemeindefeld berufen werden, muß der zu ordnungsmäßiger Ausübung dieser Tätigkeit nötige Urlaub gegen Weiterzahlung des festen Zeitlohns oder Gehaltes stets gewährt werden.“ Oder: „In der Vertretung ihrer Interessen, einzeln oder gemeinsam, dürfen die Angehörigen der Betriebe in keiner Art behindert werden.“

Wir haben also hier sehr unschöne Rechte, die in dieser Form in einem rein kapitalistischen Betrieb kaum anzutreffen sind. Auf der anderen Seite aber finden wir in der Arbeitsordnung eine allerdings erst nach dem Tode Abbes getroffene Bestimmung, daß die Arbeiter sich jeder anderweitigen Erwerbsarbeit zu enthalten haben, die geeignet ist, ihre Leistungsfähigkeit für die betragsmäßige Arbeit herabzumindern. Diese Bestimmung bietet eine günstige Gelegenheit für Kapitalisten gegenüber sich mißliebigen machenden Arbeitern, was Abbe aber nicht gewollt hat.

Die Arbeitszeit ist mit verschwindenden Ausnahmen eine achtstündige. Sie wurde im Jahre 1901 noch zu Zeiten Abbes (unter der heutigen reaktionären Geschäftsleitung wäre es unmöglich) nach einem Probejahr eingeführt. Vor der Einführung wurde unter den Angehörigen des Betriebes eine Abstimmung darüber vorgenommen: Wer traut sich zu und ist zugleich gewillt, in 8 Stunden dasjenige zu leisten wie bisher in 9 Stunden? Sechs Siebentel aller Arbeiter stimmten dafür. Nachdem man die Leistungen von über 200 Arbeiterinnen vor und nach dem Abstimmungsabend genau kontrolliert und verglichen hatte, und es sich dabei herausstellte, daß sie (selbstverständlich bei angepannter Tätigkeit) noch etwas höher waren als bei 9 Stunden Arbeitszeit, konnte das Ergebnis als ein befriedigendes angesehen werden.

In der Praxis stellt sich die Arbeitszeit jetzt fast illusorisch dar. Ganze Abteilungen arbeiten monatelang im Jahre mit Überstunden, die Optik seit nahezu einem Jahre. Das Ende vom Liede ist, daß auch gegenwärtig wieder „Arbeitsregulierungen“, das heißt Lohnsenkungen vorgenommen werden. Zwar ist nach der Arbeitsordnung kein Arbeiter unbedingt zur Leistung von Überstunden verpflichtet. Von diesem Rechte wird jedoch nur in den seltensten Fällen Gebrauch gemacht. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, der Druck der Geschäftsleitung und ihrer Erben und endlich das Bestreben, es bei den zum Teil leider akkumulierten Meistern nicht zu verderben, lassen die Verantwortlichkeit, Überstunden zu leisten, nur zu begreiflich erscheinen. Für die Geschäftsleitung aber ist das System der Überstunden ein bequemes Mittel, das ihr gestattet, die Stundenlöhne niedrig zu halten und dabei trotzdem mit hohen Jahresverdiensten nach außen paradiere zu touren.

Die Entlohnung geschieht nach einem festen Zeisslohn und nach Altersjahren. Der feste Zeisslohn, der die Grundlage aller Wohlstandsmaßnahmen (Pension, Abgangsgeld, etc.) bildet, darf nicht reduziert werden und soll mit dem Dienstalter und nach den Fähigkeiten steigen. Die Geschäftsleitung hat es damit ganz in der Hand, die Löhne nach ihrem Belieben festzusetzen. Dabei wird selbstverständlich der ausgiebige Gebrauch gemacht. Die größte Anzahl der gelehrten und Hilfsarbeiter arbeiten in Alters, wobei der feste Zeisslohn auch dann garantiert wird, wenn ihn ein Arbeiter nicht erreicht. In diesen Fällen wird aber schnellstens darauf geachtet, daß ein solcher Arbeiter, der an diesem geringeren Verdienst nicht immer die Schuld trägt, in eine andere Abteilung versetzt oder als „unwertvolle Kraft“ entlassen wird. Der feste Zeisslohn der einflussreichsten männlichen Arbeiter schwankt zwischen 16 (2 A weniger als der entsprechende Loglohn!) und 33 M. Der Altersverdienst reicht wohl bei einzelnen qualifizierten Arbeitern 50 M. und mehr (was natürlich Ausnahmen sind), geht aber in anderen Abteilungen bis auf 21 M. und weniger herunter. Die Meisten sehen in Monatsgehalt, der bis zu 600 M. beträgt. Die Gehälter der technischen und kaufmännischen Beamten sind niedriger als sonst in der Großindustrie und fallen zum Teil noch hinter den Arbeiterverdienst zurück. Es ist natürlich, daß zum Beispiel Zeiss' Arbeiter, an die die größten Anforderungen gestellt werden, mit einem Anfangsgehalt von 90 M. pro Monat eintreten. Zulagen zu erhalten, fällt auch hier außerordentlich schwer.

Die Gehälter der Beamten und der Direktoren sind man kann sagen. Sie sollen nach Abbes Bestimmungen auf sozial-psychologischen Gründen das Bestmögliche der Gehaltsfestsetzung geltenden durchschnittlichen jährlichen Arbeitsverdienst der über 24 Jahre alten und mindestens drei Jahre im Geschäft tätigen Lohnarbeiter nicht übersteigen. Da der Jahresdurchschnittsverdienst der letzteren Kategorie (800 Personen) gegenwärtig circa 2000 M. beträgt, so dürften 20 000 M. als Höchstgrenze angenommen werden, wozu noch besondere Vergünstigungen für Erfindungen z. kommen. Wenn auch nur einzelne diesen Gehalt erreichen werden, so ist doch der Unterschied gegenüber einem Arbeiter mit einem Wochenlohn von 25 M., und deren gibt es im Betrieb eine große Anzahl, ein sofort in die Augen springender und anerkennender.

In diesem Zusammenhang ist auch die jährliche Lohnnachzahlung (Gewinnbeteiligung) zu erwähnen, auf die jeder Arbeiter und Beamte Anspruch hat. Voraussetzung ist natürlich, daß nach Ansicht der Geschäftsleitung der jährliche Geschäftsabschluss dies überhaupt gestattet. Die Lohnnachzahlung geschieht in Gestalt eines prozentmäßigen Zuschlags auf den Jahresverdienst und schwankt zwischen 5 und 10 Prozent. In den letzten 3 Jahren betrug die Nachzahlung je 8 Prozent. Im Herbst 1908 gab es keine Nachzahlung, was begrifflicherweise eine große Enttäuschung unter den Angestellten und eine Enttäuschung in der Geschäftswelt erregte. Das Direktorium (Geschäftsleitung) ist von einer Nachzahlung ausgeschlossen. Abbe wollte damit bezwecken, daß bei der Berechnung der Ueberüberschüsse persönliche Motive ausgeschlossen bleiben sollten. Ursprünglich stand auch Abbe dem Gedanken der Gewinnbeteiligung ablehnend gegenüber. Im Statut ist denn auch keine Verpflichtung ausgesprochen, sondern die Lohnnachzahlung von der Geschäftsertragskraft abhängig gemacht. Der Großindustrielle Freese hat die Gewinnbeteiligung der Arbeiter als eines der wirksamsten Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes und zur Verbesserung des Arbeiters mit dem Unternehmer empfohlen. Abbe weiß es zwar wohl von sich, diesen Gedanken aus seinem System untergelegt zu haben, dennoch aber sind beide Systeme ihrem innersten Wesen nach völlig gleich. Und die Praxis zeigt auch hierbei wiederum das Ergebnis, daß auch die Lohnnachzahlungen und die Verteilung darauf ein probates Mittel zur Niederhaltung der Reallohn bilden.

Ein Arbeiterausschuß, von Abbe selbst ins Leben gerufen, besteht seit dem Jahre 1896, und zwar gegenwärtig aus 180 Personen. Um den schwerfälligen Apparat einfacher zu gestalten, wird aus dem Ausschuß heraus eine Siebenerkommission gewählt, die außer ihren internen Besprechungen je nach Bedarf mit der Geschäftsleitung verhandelt. Für die Beamten ist ein Beamtenausschuß eingefügt. Der Arbeiterausschuß soll das Recht haben, in allen Angelegenheiten des Betriebes auf seinen Antrag von der Geschäftsleitung „gehört“ zu werden.

Nach Abbe soll der Arbeiterausschuß „ein lebendiges Organ in der Fabrikverfassung, eine wirkliche Arbeitervertretung, nicht eine Pufferei sein, hinter welcher zuletzt wieder der Unternehmer stehen kann“. Was Abbe selbst nicht wollte, ist längst Tatsache geworden. Was der Geschäftsleitung nicht in den Kram paßt, schiebt sie einfach beiseite. Und ihr paßt gar sehr vieles nicht. Namentlich tritt das Straußen, den Arbeitsvertrag im Sinne Abbes fortzubilden — denn nur dieses kann die wesentlichste Aufgabe des Arbeiterausschusses sein — bei jeder Gelegenheit klar zutage. Die maßgebendste Arbeiterorganisation, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, wird grundsätzlich nicht gehört. Auch die von Abbe eingeführte demokratische Einrichtung der Abstimmung über allgemeine, die Arbeiter betreffende Fragen — sogar bei Verlegung der Mittagspause wurde dieses Verfahren eingeführt — hat man in den letzten Jahren in den Dürfen verschwinden lassen. Heute werden die allerwichtigsten Fragen, nachdem man die Kommission „gehört“ hat, einfach autoritativ entschieden.

Nur ein Beispiel von vielen, wie die Geschäftsleitung mit dem Arbeiterausschuß und der Siebenerkommission umspringt. Nach eigenen Worten der Geschäftsleitung nimmt sie die Kommission nur deshalb in Kauf, um „ihre die Einmischung Fremder mit der Arbeiterschaft fertig zu werden“. Den Wunsch einer Handvoll Gewerbetreibender auf Einführung des Proportionalwahlsystems nimmt die Geschäftsleitung zum Anlaß, um die bisherigen spärlichen Rechte des Arbeiterausschusses noch mehr zu beschneiden. Die Arbeiterschaft arbeitet einen Gegenentwurf aus, in dem für die aufgegebenen Rechte, zum Beispiel die Pflicht der Geschäftsleitung, vor dem Arbeiterausschuß zu erscheinen, Kompensationen gefordert werden. Was tut sie daraufhin? Sie schreibt in dem Sitzungsprotokoll vom 30. November 1909, „daß sie die Eingabe der Kommission mit Interesse gelesen und aus dem Entwurf mehrere Punkte in ihren eigenen Entwurf übernommen habe“ (zum Beispiel die weitergehende Erhöhung der zukünftigen Mitgliederzahl von 13 auf 15!). Im übrigen aber pflegt man auf den Arbeiterausschuß und befreit selbstherrlich die Inkraftsetzung der neuen Satzungen. Das nennt man Verhandlungen! König Stumm konnte es auch nicht besser machen.

Die freiherrlichen Bestrebungen in den Kreisen der technischen Beamten wurden von der Geschäftsleitung prompt unterdrückt. So wurde erst vor kurzem ein technischer Beamter unter einem lächerlichen Vorwand mit Zahlung des gesetzlichen Gehalts und der statutenmäßigen Abgangsgeldzahlung sofort entlassen. Der wahre Grund lag darin zu suchen, daß er im Beamtenausschuß die Interessen seiner Kollegen offen und rücksichtslos verteidigt. Stiermilch hat die Geschäftsleitung ein kapitalistisches Provisorium geleistet. Das System Kungsberg scheint man sich zum Muster zu nehmen.

Gerhorzuheben wäre weiter noch die Pensionsentscheidung. Auch hierbei wies es Abbe weit von sich, eine Wohlstands- einrichtung begründen zu wollen. Vielmehr sollte sie ein aus dem Arbeitsvertrag sich ergebendes Recht darstellen. Wie sieht es aber aus?

Alle vor dem 40. Lebensjahr eintretenden Arbeiter und Beamten haben nach fünfjähriger Dienstzeit klagbaren Anspruch auf Invaliden- oder Alterspension, ebenso ihre Witwen und Waisen. Mit Vollendung des 18. Lebensjahres beginnt die pensionsfähige Dienstzeit. Die Höchstätze des pensionsfähigen Einkommens betragen nach fünf, zehn, fünfzehnjähriger Dienstzeit 100, 120, 140 M. für die Arbeiter und 120, 160, 200 M. für Werkmeister, Kontorpersonal z. Von diesen Sätzen beträgt die Invalidenpension nach dem fünfzehnten Dienstjahr 50 Prozent, für jedes weitere Jahr 1 Prozent mehr bis zum Höchstmaß von 75 Prozent nach 40 Jahren. Die Alterspension wird vom 65. Lebensjahr nach mindestens 30jähriger Dienstzeit gewährt. Nach Vollendung des 70. Lebensjahres fällt letztere Bestimmung weg. Die Witwe bezieht vier Zehntel, jede Witwe zwei Zehntel der Invalidenpension, zusammen aber nicht mehr als acht Zehntel. Im Jahre 1907/08 wurden 35 000 M. an Pensionen gezahlt. Daß die hier bestehende Pensionsentscheidung mit der bei Krupp bestehenden nicht zu vergleichen ist, steht fest. Dennoch aber sind die gewöhnlichen Rechte keine ewigen, denn ein Referendum existiert nicht, und die Pensionen werden aus Betriebsmitteln genommen. Abbe, einmal im engeren Kreise darüber interpelliert, was denn geschehen würde, wenn der Betrieb in Zahlungsunfähigkeit

• Aus der Neuen Zeit, Nr. 1912/13.

Wägen haben die durchlaufenden organisierten Kollegen ein Salogischmal von 75 % erhalten und das Umschauen war allgemein verbreitet. Diese Einwirkung wurde im Jahre 1908 mit dem Arbeitsnachweis eingeführt. Der Arbeitsnachweis hat, so lange die Handhauerlei vorherrschend war, gut funktioniert. Seitdem die Maschinen ihren Einzug in unfernen Bezirk gehalten hat, sind einige Handhauerlei verschwinden, und es war nicht möglich, die mit Maschinen arbeitenden Firmen zu vernachlässigen, ihre Arbeitskräfte durch Vermittlung des Arbeitsnachweises zu beschaffen. Infolgedessen haben die hiesigen Kollegen bereits im vorigen Jahre beschlossen, den Arbeitsnachweis aufzugeben, und da ferner der größte Teil der hiesigen Kollegen der Auffassung war, daß das Verbot des Umschauens ihnen mehr Schaden als Nutzen würde, so wurde auch dieses Verbot aufgehoben, wodurch das Salogischmal in Wegfall kommen kann. Zur Aufbringung der Mittel für das Salogischmal mußte bis 1908 jeder organisierte Kollege monatlich 40 % und dann monatlich 20 % Gebührebeitrag zahlen. Auch diese Leistung hört nun auf. Im weiteren Verlauf der Versammlung besprach der Bevollmächtigte Sauer die in der Metallarbeiter-Zeitung zum Ausdruck gekommenen Bestrebungen auf Einberufung einer Feilenhauerkonferenz, die auch fernerzeit von den hiesigen Kollegen als notwendig bezeichnet wurde. Er empfahl die nächste Tagung, die von den Kollegen in den verschiedensten Bezirken des Reiches zurzeit entfällt wird, den hiesigen Kollegen bringen zu Nachahmung. Bemerkenswert sei, daß auch unter die Unternehmer etwas mehr Leben gekommen sei. Sauer trat dann noch der von Hagen vertretenen Auffassung entgegen, als ob dadurch, daß zurzeit neben Maschinenhauern auch noch Handhauer gesucht würden, wieder bessere Zeiten für die Handhauer in Aussicht ständen; wenn jetzt noch Handhauer benötigt würden, sei dies darauf zurückzuführen, daß die Maschinen noch nicht ganz vorhanden seien, mit ihrer weiteren Verbesserung würden noch vorhandene Mängel beseitigt. Die Handhauerlei stehe auf dem Aussterbeetat, mit dieser Aufgabe müßten sich die Kollegen abfinden und sich den veränderten Verhältnissen anzupassen versuchen. Dann wurde noch beschlossen, eine Statistik über die zurzeit im Bezirk bestehenden Betriebs- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen, das dadurch gewonnene Material soll in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden.

Formen.

Chemnitz. In der Sächsischen Maschinenfabrik hat der Maschineningenieur Regener, den man sich etwa von Pilsen kommen ließ, die Formen und Gießereiarbeiter aus ihrer lethargie aufgeschreckt. Dieser Mann, der — wie die Direktion erklärte — auf dem ganzen Kontinent bekannt sein und hervorragende Papiere besitzen soll, ist angestellt worden, um die Gießerei rentabel zu machen. Ja, er hat nach Angabe der Direktion bei seiner Anstellung das Versprechen gegeben, dafür Sorge zu tragen, daß die Gießerei Ueberflüsse abwirft, was der Ingenieur Schwarz nicht verstanden habe. Darüber aber hat die Direktion nichts gesagt, daß die Arbeiter, als Schwarz eintrat, allgemein behaupteten, der Mann verstehe von der Gießerei so viel, daß er nicht Formstand von Graphit unterscheiden könne, im Gegenteil: auch dieser Herr wurde fernerzeit von der Direktion als ein tüchtiger Ingenieur in Schutz genommen. Herr Regener hat nun die ersten Proben seiner Tüchtigkeit abgeliefert, die darin bestehen, daß er die Lohnsätze um 20 bis 30 Prozent zu kürzen versucht. Nicht nur denen macht er Abzüge, die das meiste verdienen, sondern bei jedem Stück und an jedem Lohn bemüht er sich, Reduktionen vorzunehmen. In einer Verhandlung, die die Arbeiter mit der Direktion hatten, erklärte Direktor Jung, der Abzug sei gar nicht so schlimm, die Arbeiter täben zu schwarz, man müsse bedenken, daß Herr Regener auch ein Menschenfreund sei. Im übrigen bestanden sich die Chemnitzer Fabrikanten in einer schlechten Lage, sie müßten die Rohmaterialien von Weßfalen beziehen und die fertigen Maschinen wieder dorthin zu verkaufen suchen. Ferner sollten die Formen soviel verdienen, wie sie wollten, nur müßten sie bedeutend mehr Arbeit fertigstellen. Der Ingenieur Regener behauptete dann noch, daß die jetzt reduzierten Preise nur als Uebergangspreise zu gelten hätten, eine weitere Reduktion solle dann erst die richtigen Preise bringen. Erst müßten die Formen billiger arbeiten, später werde durch bessere Maschinen und Werkzeuge der Verdienst der Formen sich wieder heben. In zwei Versammlungen nahmen die Formen und Gießereiarbeiter der Sächsischen Maschinenfabrik zu der Sache Stellung und erklärten, daß sie unter keinen Umständen bei den Löhnen arbeiten könnten, die ihnen der Ingenieur Regener bietet. Dieser Mann habe auch gesagt, er bekomme Formen genügend von Pilsen, nur eines Briefbogens bedürfte es, um massenhaft Arbeiter nach Chemnitz zu ziehen. Zu Arbeiten, die 40 Jahre im Betrieb tätig sind, hat er gesagt, daß er sie hinausjagen möchte. Er erklärte, er werde den Sachsen schon ihre Gesundheit ansprechen. Und einen Mann wie diesen nennt die jetzige Direktion einen Menschenfreund! Sicher erhofft sich die Direktion der Sächsischen Maschinenfabrik, die sich von der Gewerkschaft fernhalten, die glauben, Genüge getan zu haben, wenn sie Mitglied im etwaigen Arbeiterverein waren, wenn sie bei Meisterkandidaten für Geschäfte jammeln und auf Formständen die Meister anwerben, eine jährliche Besoldung, die sie nie ändern. Sie werden nun einsehen, daß es keine Harmonie gibt zwischen Arbeiter und Kapital, daß die Kapitalisten die Arbeiter nur als Ausbeutungsbjekte betrachten. Die Formen sind, wie eingeleitet, nicht willens, die ungenügende Reduktion, die ihnen zugemutet wird, hinzunehmen. Sie sollten einmütig in der am 29. Januar im Ballhaus Adler stattgefundenen Versammlung — in der auch der Direktor Sauer anwesend war — folgende Resolution:

„Die heutige Versammlung der Formen und Gießereiarbeiter in der Sächsischen Maschinenfabrik stellt in dem Antritte des Ingenieurs Regener und der Direktion eine Forderung der Arbeiter. Die Lohnreduktion ist so ungenügend, daß, wenn die Arbeiter darauf eingehen, ihnen die Möglichkeit genommen wird, menschenwürdig leben zu können. Die Versammlung fordert daher die Betriebsausschüsse auf, Verhandlungen zu pflegen und einer in halbe Stunden dauernden Versammlung Vorschläge zu unterbreiten, durch welche es möglich ist, die drohende Gefahr auf die Spitze der Formen und Gießereiarbeiter in der Sächsischen Maschinenfabrik abzuwenden.“

In der Versammlung wurde noch bekanntgegeben, daß in der Leipziger Zeitung Formner für die Sächsischen Maschinenfabrik geäußert werden, indem dem Direktor Sauer, wie er in der Versammlung auszusprach, nicht bekannt war. Sicher erlaubt Herr Regener sich Uebergriffe, die selbst der Direktion (die ihn ja sehr in Schutz nimmt) nicht bekannt sind. Die Formen und Gießereiarbeiter werden angesichts dieser Zustände ersucht, Arbeit in der Sächsischen Maschinenfabrik bis zur Regelung der Verhältnisse nicht anzunehmen.

Glasen. Zum Kapitel eines Betriebes gehört auch der der Firma Gebr. Knaum vorwärts G. Weis anzuschließen zu wollen. Als die Firma G. Weis ergriffen, hatten die Formen noch einen einwöchigen auskömmlichen Lohn. Nachher wurde es, als die Fabrik in die Hände der Gebr. Knaum überging. Das erste Verbrechen derselben war, die Löhne bedeutend zu reduzieren und dadurch die alten eingewöhnten Arbeiter zu Niederlegung der Arbeit zu zwingen. Daß die Verhältnisse nicht gerade die besten sind, hatte ich bereits, daß innerhalb dreier Jahre bereits der dritte Betriebsleiter eingestiegen ist. Besonders zu bedauern ist die jetzige Betriebsleiter Parly zu erwähnen, er hat es fertig gebracht, im Gespräch mit den Firmeninhabern auswärtsigen Formner unter dem Vorwande hoher Löhne herauszugeben. Wie diese hohen Löhne entstehen, beweisen die nachfolgenden Zahlen der Formen. Da hatte einer in 4 Tagen 11,50 M., ein anderer in 6 Tagen 14,60 M. verdient. Parly arbeitet bei einem Wochenlohn von 21 M., er macht die beste Arbeit in Lohn, während die in Arbeit arbeitenden Kollegen die schlechtere Arbeit machen müssen. Daß durch dieses Verfahren die Löhne zu einem Ausmaß übersteigen wird, daß wohl als ausgemacht gelten. Deswegen wird nicht Parly auch darauf, die Organisation aus dem Betriebe herauszuheben, um so ungenügend herrschen zu können. Die unzufriedenen Kollegen versuchen es vor dem Verband zu warnen, indem er die alten Betriebsmitglieder in ein schlechtes Licht stellt. So wirft er diesen vor, um die Firma Weis zu gefährden zu haben, worin sie sich für 35 % Einmallohn anbieten. Für diese Behauptung wird Parly den gerichtlichen Beweis zu führen haben.

München-Graben. Die Differenzen bei der Firma Franken & Vogel (Wenglerwerk) sind zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt worden. Die Arbeiterarbeit wird befristet und es tritt an deren Stelle die Lohnarbeit. Die Sperrung ist aufgehoben.

Gravure und Ziselente.

Breslau. Am 30. Januar hielten die hiesigen Gravure im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab, die gut besucht war. Kollege Philipp (Geschäftsführer des Verbandes) hielt einen interessanten Vortrag über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Wert der Tarifverträge.“ Nach eingehender Schilderung des Entstehens und Wesens der Tarifverträge beleuchtete er ihre Zweckmäßigkeit und führte ihre zahlenmäßige Steigerung als Beweis ihres Wertes an. Wenn wir nur für unsern Beruf einen Tarif schaffen wollten, so müßte er vor allen Dingen die Regelung der Arbeitszeit und die Festlegung eines Minimallohnes enthalten. Als weiteren wichtigen Punkt führte er an die Einbringung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Außerdem verblieben neben diesen Hauptpositionen eines Tarifes noch eine Reihe von Einzelbestimmungen, die auch von Wichtigkeit sind. Zum Schluß richtete Redner an die Kollegen das Ersuchen, die Zeit tüchtig auszunutzen und noch mehr als bisher für die Organisation zu arbeiten, damit wir im laufenden Jahre auch in unserm Berufe durch das Zustandekommen eines Tarifes einen Fortschritt zu verzeichnen haben. An das mit Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine Diskussion. Einige Kollegen waren der Ansicht, daß wir bei Festlegung eines Minimallohnes auf Schwierigkeiten stoßen werden. Der Einwand, den unsere Prinzipale gegen Minimallohne erheben, daß dadurch viele junge Geheils erzwungen würden, den Beruf aufzugeben, wurde von der Versammlung nicht als stichhaltig angesehen, sondern es wurde betont, den jungen Geheils sei ein Verdienst zu sichern, den man nach vierjähriger Lehrzeit auch als Lohn bezeichnen kann. Auf Antrag eines Kollegen wurde dann eine Kommission gewählt, die die nötigen Verarbeiten zu erledigen hat und dann mit den Prinzipalen verhandeln soll. Es wurden vorgeschlagen und einstimmig genehmigt: Kleinmeier, Rabin, Rabe, Dreißer und Wehr. Dann schilderte ein Kollege noch verschiedene Mißstände in einem hiesigen Geschäft. Dort befinden sich noch Kollegen, die anstatt auf bessere Bezahlung zu achten, danach streben, so viel wie möglich Heimarbeit zu bekommen. Leider haben diese Kollegen noch nicht eingesehen, daß sie durch diese Heimarbeit sich frühzeitig aufreiben. Ein unbedingtes Verbot der Heimarbeit ist also auch bei den Gravuren und Ziselleuren notwendig. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen noch, treu zur Organisation zu stehen und weiter zu agitieren, bis auch der letzte noch fernstehende Kollege zu uns gehört.

Güttenarbeiter.

Osnabrück. (Getäufchte Hoffnungen der Stahlwerker.) Am 14. und 15. Dezember vorigen Jahres beschäftigten sich zwei Versammlungen der Stahlwerker mit dem vorjährigen Geschäftsbericht des Bergwerks- und Güttenvereins Georgs-Marienhiitte. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß, während die Abzüge im Durchschnitt der einzelnen Abteilungen 44 M. betragen hatten, der Abzug aber, den man den Stahlwerkern gemacht hatte, im Jahre 1908 nicht weniger als 115 M. pro Kopf betrug. Da der Generaldirektor den Aktionären in der letzten Generalversammlung die Zukunft des Vereins ziemlich rosig schilderte, auch durchblicken ließ, daß jetzt schon die Lage eine bessere sei, glaubten die Arbeiter berechtigt zu sein, auf ihre überaus traurige Lage hinzuweisen und um Erhöhung ihrer Verdienste zu ersuchen. Besonders wurden von den Kollegen Wriepel und Zielemann die Verhältnisse im Holzwerk und in der Abzuglage einer jährigen Kritik unterzogen. Im Holzwerk müssen heute die Arbeiter bedeutend mehr leisten als in der Sozialkultur, verdienen aber 15 bis 20 M. weniger pro Monat als vorher. In der Abzuglage ist es der Obergingenieur Dehe, der in rigoroser Weise einen Abzug dem andern folgen läßt. Die Arbeiter sind gezwungen, alle Vorrichtungsarbeiten zu unterlassen, um im günstigsten Falle auf einen Verdienst von 3,50 bis 4 M. zu kommen. Die Folge davon ist, daß in diesem Betrieb die Zahl der Unfälle eine große ist. Eine die Begründung der Forderungen enthaltende Resolution wurde einstimmig angenommen und von Kollegen Zielemann der Generaldirektion und dem Leiter des Wertes mit dem Ersuchen zugestellt, Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß zu führen. Zur Entgegennahme des Berichtes über diese Verhandlungen fanden am 21. und 22. Januar abermals zwei Versammlungen statt. Das Ergebnis ist, daß die Direktion wohl anerkennt, daß die Lage der Arbeiter eine überaus traurige sei, daß man aber nicht versteht, wie bei der augenblicklichen Lage des Wertes Forderungen gestellt werden konnten. Das war die schriftliche Antwort der Generaldirektion, die dem Ausschuss vom Direktor Sauer vorgelesen wurde. Nicht begehrend für die Arbeiterfratendlichkeit des Generaldirektors Dr. Gammann, der selber aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sein will, ist es, daß er wohl die Forderungen der Arbeiter für ungenügend hält, dafür es aber für zeitig erachtete, bei der für die abgehaltenen Generalversammlung des Wertes den „armen“ Ausschussmitgliedern für ihre unwillkürliche Arbeit pro Kopf und Jahr dreitausend Mark zu bewilligen und noch einen Prozentsatz des Reingewinns. Ja, Bauer (Wirt der Generaldirektion folgen), das ist etwas anderes! Das sind auch Bauern und sonstige Wirten und ihr seid bloß Arbeiter! Nun, die Arbeiter werden sich die Arbeiterfratendlichkeit des Herrn Dr. Gammann merken müssen, nach dessen Ansicht es heute zeitgemäß ist, wenn die Arbeiter hungern. Auch der Direktor Sauer konnte den Ausschussmitgliedern keine Zusagen machen. Es mangelt überall an Aufträgen, so daß an eine Erhöhung der Verdienste nicht zu denken ist. Die Stahlwerker sind eben wieder um eine Erhöhung reicher und können den Schwächlingen noch enger schnallen. Das einzige, was man zugestand, ist, daß in der Defizit-Einrichtung gekürzt werden sollen, die auch den Arbeitern eine Ermäßigung, ihren Verdienst zu kontrollieren. — Ein Verfassender konnte man den Linnat über die Abweisung ihrer berechtigten Forderungen am Schluß ableiten und der Beifall, der dem Kollegen Hanswald am Schluß seiner Kritik über das Verhalten der Generaldirektion geollt wurde, bewies, daß seine Ansprüchen treffend waren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die versammelten Arbeiter des Stahlwerkes bitten die obliegende Haltung der Betriebsleitung und Generaldirektion in bezug auf eine Erhöhung der Verdienste. Dies ist um so unabweisbarer, als von den Herren selbst angegeben worden ist, daß die Lage der Arbeiter augenblicklich eine traurige sei. Wenn in der dem Arbeiterausschuß gegebenen Antwort aber gesagt wird, daß die Forderungen der Arbeiter keine zeitigen seien, so zeigt dies, daß die Herren Unterwerfer keine Kenntnis von der trübseligen Lage des größten Teiles der Arbeiter haben. Die Versammelten ersuchen auch den Einwand, daß das Wert finanziell nicht in der Lage sei, eine Lohnanhebung zu bewilligen, nicht als stichhaltig, da die Arbeiterleistung keineswegs gemindert, sondern vielmehr gesteigert, daß in einer ganzen Reihe von Betrieben heute bedeutend mehr geleistet werden muß, als zur Zeit der Sozialkultur. Das Gebot der guten Sitten bedingt es, daß dem Arbeiter für seine Arbeitskraft ein mindestens an Arbeitslohn so viel gewährt wird, daß er mit seiner Familie ein menschenwürdiges Leben führen kann. Unter diese Grenze ging man aber, als man den Arbeitern im Jahre 1908 die horrenden Abzüge machte, die durchschnittlich über 100 M. pro Jahr und Arbeiter betragen, im Gegensatz zu den anderen Abteilungen des Wertes, wo der Abzug erheblich geringer war. Die von der Betriebsleitung der Unterwerfer selbst zugestandene weitere erhebliche Verringerung durch die neue Finanzreform hat das Los der Arbeiter noch trauriger gestaltet. Die Erklärung der Betriebsleitung, die den Arbeitern auf absehbare Zeit keine Gehälter für einen besseren Verdienst gibt, zeigt aber, daß bei ihr das Wort gilt: „Nicht geht vor Recht.“ Die Versammelten geloben deshalb feierlich, soweit sie noch nicht organisiert sind, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen und nicht eher ruhen und rasten zu wollen, bis auch der letzte Mann des Wertes dem Verband zugeführt ist.“

Die Antwort der Direktion beweist, daß wir nur durch eine kraftvolle einheitliche Organisation bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen können. Die Versammelten beauftragen die Zeitung der Organisation, alles vorzubereiten, was eine Durchführung unserer Forderungen gewährleistet.“

Metallarbeiter.

Emmendingen (Schw.). Der hiesige Eisenblech Rupert Straub hatte unseren Geschäftsführer Wanner wegen Verleumdung verklagt. Am 26. Januar dieses Jahres verhandelte darüber das Schöffengericht Emmendingen. Am 31. Oktober vorigen Jahres fand im katholischen Vereinshaus in Emmendingen eine vom „christlichen“ Metallarbeiter-Verband einberufene öffentliche Versammlung statt, in der der „christliche“ Bezirksleiter Scherer aus Emmendingen über die Sanauer Bewegung der Gold- und Silberarbeiter Bericht erstatten sollte. Da Scherer seinen Bericht über diese Bewegung geben konnte, weil er nicht aktiv daran beteiligt war, konnte er nur vom Horesangen und nach Zeitungsberichten etwas erzählen. Im übrigen aber heulteleerte er über den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften und stellte erlogene Behauptungen auf. Natürlich fehlten die Lobeshymnen auf die „christlichen“ Gewerkschaften nicht. Nach ihm kam der christliche Gerhart, der über lokale Verhältnisse „christliche“ Ansichten zum besten gab. Unser Kollege Ehrler (Frankfurt) entgegnete den beiden in längeren Ausführungen unter allgemeinem Beifall. Unser Kollege Wanner kam dann auf verschiedene lokale Angelegenheiten zu sprechen, besonders auf den Punkt, den Gerhart erwähnt hatte: ein eventuelles Zusammengehen der beiden am Orte bestehenden Metallarbeiter-Organisationen. Wanner verneinte ein solches Zusammengehen in keiner Weise. Da man aber in bezug auf die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der „Christlichen“ bei der letzten Bewegung sehr trübe Erfahrungen gemacht habe, wäre für die Zukunft äußerste Vorsicht geboten. Auf die Vorwürfe Scherers, als ob die freien Gewerkschaften den größten Terrorismus gegen Andersdenkende ausübten, übergehend, bemerkte Wanner, daß ein solcher Fall hier noch nicht vorgekommen sei; er wies den beweislosen Vorwurf energisch zurück und bemerkte, daß das Umgekehrte für Emmendingen zutrefte. Mitglieder unseres Verbandes waren von „christlichen“ Seite terrorisiert worden. Von den „Christlichen“ wurde gerufen: „Beweise! Namen nennen!“ Wanner zeigte auf das vor ihm sitzende Mitglied Straub des schwarzen Metallarbeiter-Verbandes mit den Worten: „Hier sitzt euer Mitglied Straub, das bei der Firma Nitz & Schweizer einige unserer Kollegen hinausgeschickt hat.“ Dadurch fühlte sich Straub beleidigt. Unter den von ihm geladenen Zeugen war auch der Fabrikant Josef Nitz. Wanner hatte drei Zeugen geladen und während der Verhandlung wurde von ihm beantragt, noch weitere zwei Zeugen, die sich im Zuhörerraum befanden, zu vernehmen, welschem Antrag das Gericht stattgab. Wanner schilderte den Sachverhalt genau so, wie er sich zugetragen, er gab zu, die Äußerung gemacht zu haben. Es hätte ihm aber vollständig ferngelegen, den Straub zu beleidigen, er wäre nicht zu der Äußerung gekommen, wenn nicht Scherer die beweislosen Behauptungen über die freien Gewerkschaften aufgestellt hätte und nicht von Christen gerufen worden wäre: „Beweise! Namen nennen!“ Die Zeugen konnten nichts anderes bezeugen, als was Wanner gesagt und zugegeben hatte. Die Anklageschrift freilich wollte einen ganz anderen, für den Beklagten ungünstigeren Sachverhalt zugrunde legen. Bei den Zeugen, die der Kläger hatte laden lassen, war besonders aufgefallen, daß sie bei den Aussagen, die den Beklagten belasten sollten, ein sehr gutes Gedächtnis haben wollten, dagegen war dieses sehr schwach, wenn sie den Sachverhalt schildern sollten, der zugunsten des Angeklagten sprach. Der Zeuge Pfeffer hatte bei seiner Abreise dem Beklagten Wanner erklärt, er gehe deshalb aus dem Betrieb von Nitz & Schweizer, weil er es nicht mehr aushalten könne, und zwar wegen Verleumdungen durch Straub; auch würden andere seinem Beispiel folgen. In der Gerichtsverhandlung war der Zeuge sehr unsicher und konnte sich auf diese Äußerung nicht mehr erinnern, obwohl er die Möglichkeit zugab. Der Zeuge Nitz sagte aus, es sei ihm nichts bekannt, daß ein Arbeiter wegen des Verhaltens von Straub aus seinem Betrieb ausgeschieden wäre. Auf Befragen des Verteidigers Dr. Schweizer gab Zeuge zu, in seinem Betrieb sei durch Anschlag bekannt gegeben worden, daß sich seine Arbeiter organisieren könnten, wo sie wollten, nur nicht im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Wer dort Mitglied wäre, solle sich, bevor er eventuell entlassen werden müßte, nach anderer Arbeit umsehen. Auf die weitere Frage, ob er über die Zugehörigkeit seiner Arbeiter zum Deutschen Metallarbeiter-Verband mit dem Kläger Straub gesprochen habe und ob ihm dieser die Namen der Arbeiter mitgeteilt habe, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, gab Zeuge diese Möglichkeit zu und fügte bei, daß er davon aber keinen Gebrauch gemacht habe. — Das Urteil lautete auf Freisprechung des Angeklagten. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß das Gericht in der Äußerung wohl eine Verleumdung erblickte, auch wäre der Wahrheitsbeweis, daß Straub jemand aus dem Betrieb hinausgeschickt habe und daß er Terrorismus gegen seine Mitarbeiter verübt hätte, nicht erbracht worden. Der Beklagte habe aber auf die Vorwürfe Scherers in Wahrheit berechtigter Interessen und auf Grund der Mitteilung, die ihm der Zeuge Pfeffer gemacht, im guten Glauben gehandelt. Deshalb sei ihm der Schutz des § 193 zugubilligen. Das Gericht habe die Auffassung, daß der Angeklagte anständig handelte, indem er sich, als die Klage „Beweise! Namen nennen!“ erfolgte, nicht mit halloffen Redensarten begnügte, sondern den Mut befaßte, das zu sagen, was ihm in dieser Hinsicht durch Mitteilung anderer bekannt gewesen sei. — Das ist also die von den Schwarzgen so schön vorausgesagte „Verurteilung“ unseres Kollegen Wanner. Der Schutz ist diesmal hinten hinausgegangen. Eines verdient aus dieser Verhandlung besonders hervorgehoben zu werden: die durch die Zeugenaussage des Fabrikanten Nitz gemachte Feststellung, daß Straub seine Kollegen, soweit sie im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind, der Firma ausgab. Und das, obwohl er doch wußte, die Firma habe durch Anschlag bekannt gegeben, daß Arbeiter, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, nicht mehr weiterbeschäftigt würden.

Kiel. (Die Arbeitsverhältnisse in der Kieler Metallindustrie.) Verschiedene Firmen der hiesigen Metallindustrie erlassen seit einiger Zeit in blättern Blättern Zirkulare, worin sie Arbeiter für ihre Betriebe suchen. Unter den Interessenten befinden sich die Howaldtswerke, die Germaniawerk, Neufeldt & Kuhle und andere mehr. Von Arbeitern der Metallindustrie aus dem Innern Deutschlands ist daraufhin verschiedentlich an die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Anfrage gerichtet worden, wie es denn mit den Arbeitsverhältnissen in Kiel steht. Wir können daraufhin nur erklären: Nicht allzu tostig! Die Situation in den hiesigen Betrieben ist eine sehr große. Das liegt nicht etwa daran, daß die Arbeiter keine Lust hätten zum Arbeiten, die Ursache ist vielmehr darin zu suchen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier herzlich schlecht sind. Anstatt nun Abhilfe zu schaffen und darauf zu sorgen, daß die Arbeiter mehr an der Arbeitsstelle gehalten werden, glauben die Direktoren, schlau zu handeln, wenn sie die Arbeiter und deren Vertreter recht manchesterlich-probig behandeln. Die Herren von der Germaniawerk erklären frei und offen heraus: Es führt uns den Teufel, ob in einem Monat von 100 eingestellten Arbeitern 75 Mann wieder fortgehen. Behalten wir 25 Mann, dann haben wir noch immer 25 Prozent, die sich bereit zeigen, zu niedrigem Lohn zu arbeiten und damit lassen sich die Unkosten, die die Einstellung der 75 Mann mit sich bringt, leicht wieder beden. Vor einigen Wochen hatten sich 15 Fernmacher die Freiheit genommen, um etwas höheren Lohn einzukommen. Ihre Vertreter wurden jedoch in brüster Weise behandelt. Da sie aber fest blieben, wollte man drei Mann ganze 2 S pro Stunde mehr geben, zehn sollten 1 S Zulage haben und zwei gar nichts. Infolge dieser tölpeligen Behandlung durch den Betriebsingenieur haben zehn Mann die Arbeit aufgegeben und sich anderweitig Arbeit gesucht. Nun sieht man, daß in der letzten Zeit in fast allen Großstädten Kampf macht für die Germaniawerk gesucht werden. Was damit bezweckt werden soll, liegt klar auf der Hand. Wie den Fernmachern ergeht

es den Formern und den übrigen Arbeitern. Vorabzüge werden schon seit langem in allen Werksorten vorgenommen. Die Einstellungs- (Löhne sind auf dieser Welt wie auch in den übrigen Ländern der Welt niedrig, das niemand damit auskommen kann, denn die Lebensverhältnisse in Kiel sind sehr teuer. An Steuern sind 230 Prozent Zuschlag zu zahlen. Für Nahrung und Lebensmittel werden ebenfalls hohe Preise gefordert. Vor drei Jahren haben die Formern schon einen Einstellungslohn von 45 h pro Stunde verlangt, heute noch verlangt man. Sie mit 40 h abzulassen; das gleiche ist der Fall für die Arbeiter der anderen Betriebe. Wir können den Kollegen im Innern Deutschlands daher nur anraten, es sich ernstlich zu überlegen, wenn ihnen Arbeit nach Kiel angeboten wird, ob sie diese annehmen wollen. Vor allem fordern jeder einen anständigen Lohn, ohne solchen ist hier in Kiel nicht zu existieren. Bemerkenswert ist auch, dass man den Arbeitern, die sich bereit finden, nach Kiel zu gehen, zwar höhere Löhne verspricht. Sobald sie aber erst hier sind, wird das Versprochene nicht gehalten. Die hergekauften Arbeiter aber sind die Geprüften. Weiter versucht man den Arbeitern die Lage besonders noch dadurch zu verschleiern, daß man recht hohe Strafen verhängt. Allen voran wird diese Praxis auf der Germania zuerst geübt. Die Herren sollten jedoch die Bilanz nicht zu straff spannen, sonst könnte es einst dazu kommen, daß die Arbeiter, gleichwie vor zwei und drei Jahren, einfach die Arbeit wieder einstellen. Dann aber, dessen können die Herren Direktoren zu versichert sein, werden sie nicht so leichten Kaufes davonkommen, denn alles hat seine Grenzen. Der Groll und die Verbitterung ist berartig groß, daß es aller Mühe der Leiter der Organisationen bedarf, um Unruhen zu verhindern. Die auswärtigen Kollegen erfahren daraus, wie die Lage in Kiel ist, mögen sie sich danach richten.

Rundschau.

Reichstag.

Im Mittelpunkt des politischen Interesses in der Berichtswache stand ein vom konservativen Abgeordneten v. Oldenburg-Yanuschau hervorgerufener Zwischenfall in der zweiten Lesung des Militärstatuts, der keinesgleichen in der Geschichte des deutschen Reichstages nicht hat. Die Beratungen näherten sich am Sonnabend den 29. Januar bereits ihrem Ende, als der Abgeordnete v. Oldenburg noch einmal als konservativer Fraktionsredner das Wort ergriff, um in der ihm eigenen wilden Weise gegen die Linke, besonders aber gegen die Sozialdemokratie, zu wettern. Junker Oldenburg gehört zweifellos zu den rückständigsten Elementen seiner eigenen Partei; er ist ein ziemlich ungebildeter Mann, der sich über die Zusammenhänge des Weltgeschehens ganz sicherlich nicht viel Gedanken gemacht hat und die Politik durchaus von dem Standpunkte eines ostpreussischen Gutsbesizers und Reserveoffiziers betrachtet. Halb Clown, halb Gewaltmensch, erregt er mit seinen Kraftsprüchen im Reichstag im allgemeinen nur Heiterkeit, und jedesmal, wenn er mit seiner gewichtigen Persönlichkeit auf die Tribüne hinaufsteigt, erwartet die gesamte Linke ein Fest. Aber man würde ihm doch unrecht tun, wenn man seine Äußerungen lediglich von der humoristischen Seite nähme. Er spricht, besonders wenn er etwas stark gefühlig ist, unbedonnen aus, was klügere Vertreter seiner Partei zwar auch wollen, aber zu sagen sich hüten. An dem erwähnten Tage belohnte er sich, eine Lobrede auf den unbedingten militärischen Kadavergehorsam zu halten, wobei er, durch mamißige Zwischenfälle verurteilt, sich schließlich bis zu den Sägen verließ: „Ja, das ist eine alte preussische Tradition, und daß Ihnen — nämlich den Sozialdemokraten — diese Tradition nicht paßt, das glaube ich gern. Der König von Preußen, der deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag!“ Diesen Worten folgte ein stürmischer Ausbruch der Entrüstung auf der ganzen linken Seite des Hauses. Die Konservativen dagegen brüllten Beifall, während eine Reihe von sozialdemokratischen Abgeordneten vorwärts stürzte und „den Mann auf dem Präsidium“ zum Einschreiten zu veranlassen suchte. „Was sagt der Präsident dazu?“, so tönte es immer wieder vernehmlich hinauf. Auf dem Präsidientische saß zur Zeit gerade das Bild der Verlegenheit. Er sprang von Hohenlohe, aus Verlegenheit zum Präsidenten des schwarzblauen Schnapsbundes gewählt, die personalisierte Unentschlossenheit und Hülflosigkeit, ein Unglücksstrabe in des Wortes verwegener Bedeutung, tat, was er in solchen Fällen gewöhnlich zu tun pflegt, nämlich zunächst — gar nichts. Als aber der Lärm andauerte, von allen Seiten Rufe ertönten, Weisbildungen im Saal hin und her schwirren, da wachte er schließlich auf. Minutenlang bimmelte er mit seiner Glocke und holte dann zu einem Ordnungsruf aus. Dieser Ordnungsruf ging aber nicht an die Adresse des konservativen Heißsporns, der soeben die Volkvertretung in der denkbaren beschimpfendsten Weise verhöhnt hatte, sondern richtete sich gegen den Abgeordneten Ledebour, dessen Stimme aus dem Tumult heraufstunte. Der Vertreter der Freisinnigen Vereinigung, Abgeordneter Schrader, der zum Worte kam, als sich endlich ein wenig Ruhe im Hause verbreitet hatte, wies in kurzen knappen Worten die Weisbildung des Reichstages zurück. Aber erst Abgeordneter Singer schaffte die Gelegenheit zu einer ausführlichen Besprechung des Zwischenfalles, indem er ihn zum Gegenstand einer geschäftsordnungsmäßigen Anfrage an das Präsidium machte. In derbe, immer wieder vom Beifall seiner Fraktionsgenossen unterbrochenen Worten geißelte er den frechen Anspruch des Junkers und stellte den Präsidenten vor die Frage, was er zu tun gedente, um die Würde des Hauses zu wahren. Nachdem nacheinander die Vertreter der Nationalliberalen, der Zentrumspartei und der Freisinnigen erklärt hatten, daß sie in der entscheidendsten Weise Verwahrung gegen die dreifache Provokation einlegten, stammelte der Präsident etwas wie eine Entschuldigung und sagte, er habe die Worte des Abgeordneten v. Oldenburg lediglich als eine Erklärung des Sages aufgefaßt, daß die Soldaten auch in den äußersten Fällen zum Gehorsam gegen den sogenannten obersten Kriegsherrn verpflichtet seien. Diese mehr als harmlose Erklärung griff dann Oldenburg auf, indem er erklärte, auch er habe nicht daran gedacht, den Kaiser zu einem Staatsstreich aufzufordern, sondern lediglich sagen wollen, der Fahneid binde die Soldaten auch in den äußersten Fällen an den Gehorsam. Diese Erklärung ist nichts weiter als eine Kneiferei. Im übrigen ist sie auch in der Sache selbst so ungeschickt wie nur irgend möglich; denn der Fahneid und die Gehorsamspflicht der Soldaten geht nicht so weit, daß sie widerspruchlos der Aufforderung zu einem Verbrechen Folge zu leisten hätten. Und das Auseinandertreiben der Volkvertretung ist in unserem Strafgesetzbuch in § 105 als ein zu tadelhaftes Verbrechen gekennzeichnet. Wenn man auf dem Standpunkt des Herrn v. Oldenburg steht, da könnte man ebenfals sagen, die Soldaten seien verpflichtet, der Aufforderung eines Vorgesetzten zu irgend einem Mord, zum Beispiel zur Tötung des Herrn v. Oldenburg, widerspruchlos zu folgen. Wäre noch irgend eine Möglichkeit vorhanden gewesen, den Ausschpruch des Herrn v. Oldenburg scherzhaft aufzufassen oder ihn als eine alkoholische Entgleisung zu bewerten, so würde diese Möglichkeit durch den lebhaften Beifall ausgeschaltet, mit dem seine Parteigenossen seine Worte begleitet hatten. Auch die konservative Presse, mit wenigen Ausnahmen, hat sich im Grunde genommen dem Herrn v. Oldenburg durchaus angeschlossen und in der späteren Erörterung zu erkennen gegeben, daß auch sie der Meinung ist, es liege in dem Verhalten

des preussischen Königs, die Volkvertretung ihres Amtes walten zu lassen oder sie, wenn ihm ihre Tätigkeit nicht paßt, durch eine Handvoll Soldaten auseinanderjagen zu lassen. Damit ist die politische Bedeutung des Zwischenfalls genügend gekennzeichnet. Wir haben es hier mit einer unvorsichtigen, aber offenkundigen Verletzung der geheimsten Wünsche unseres Vaterlandes zu tun. Was früher schon der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, der zugleich auch Reichstagsabgeordneter ist, Herr v. Kröcher, mit den Worten angebeutelt hat, seiner Meinung nach könne die Sozialdemokratie nur Objekt, nicht aber Subjekt der Gesetzgebung sein, das hat Herr v. Oldenburg nur in anderer Form noch einmal wiederholt.

Es ist die Angst vor einer Abänderung des preussischen Wahlrechts, die die Junker zu den leidenschaftlichsten Ausdrücken des Hasses gegen die Demokratie treibt. Sie wissen ganz genau, daß jede wie immer geartete Abänderung des preussischen Wahlrechts ihnen einen Teil ihres Einflusses in Preußen und damit in Deutschland kosten muß. Dieser Einfluß hat sich aber bisher nicht etwa nur in rein politischen Angelegenheiten gezeigt, sondern er hatte für sie die Bedeutung einer wirtschaftlichen Verjüngung in der gleichen Weise. Der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens der Nation ist für alle Zeiten vor der Landwirtschaft in die Industrie verlegt worden. Wirtschaftlich sind die Junker zu Stenpöbeln des ganzen Volkes herabgesunken; nur wenn ihnen die hohe Schutzwälle einen hohen Getreidepreis garantieren, nur wenn ihnen durch die Gesetzgebung die Schutzwälle gegeben und ähnliche Privilegien gesichert bleiben, nur wenn sie nach wie vor ihren Nachwuchs konkurrenzlos in Heer und Verwaltung bei glänzender Bezahlung unterbringen können, dürfen sie hoffen, neben dem Bankkapital und der großen Industrie weiterhin eine Rolle zu spielen. Und um diesen bestehenden Zustand so lange wie möglich zu erhalten, schreden sie vor keinem Mittel, auch nicht vor dem Umsturz von oben zurück. Das Instrument eines solchen Staatsstreiches kann aber nur die Armee sein. Und um die für alle Fälle scharf und bereit zu halten, predigt man ihr die Lehre des Kadavergehorsams, nach der jeder Untergebene jeden Befehl eines Vorgesetzten zu erfüllen hat, sei er auch noch so abförmlich und verbrecherisch. Hat dieser Kadavergehorsam einstmal eine Abstellung Soldaten unter dem Kommando des famosen Hauptmanns von Köpenick in das Rathaus der kleinen märkischen Stadt geführt, warum soll er nicht auch einmal zu anderer Zeit einen Zug Grenader in das Haus der deutschen Volkvertretung führen?

Der Zwischenfall im Reichstag hatte ein Nachspiel. Abgeordneter Ledebour reichte eine Beschwerde über den ihm erteilten Ordnungsruf beim Präsidenten ein und verlangte eine Entscheidung des Plenums darüber. Diese hat nach der Geschäftsordnung nicht vor Ablauf von 24 Stunden ohne Diskussion durch eine einfache Abstimmung zu erfolgen. Es entstand nun die Frage, ob sich eine Mehrheit im Reichstag finden werde, die ein Verbleiben des Erdrückens von Hohenlohe im Präsidium möglich machte. Gegen den Antrag auf eine sofortige starke Majorität auszusprechen, würde sie nun auch gegen den Erdrückens vortreten, der durch sein unbegreifliches Verhalten eine Billigung des wilden Ausspruchs getan hatte? Die Entscheidung lag bei den Nationalliberalen und bei der Zentrumspartei. Damit ist eigentlich schon alles gesagt. Denn daß die Zentrumspartei keine Hand dazu bieten würde, einen Präsidenten des schwarzblauen Mords, der erst unter so vielen Sorgen und Mühen in sein Amt gebracht worden war, wieder abzulassen, das stand eigentlich von vornherein fest; und die Nationalliberalen suchten, getreu ihrer Gewohnheit, nach allerhand formalistischen Gründen, um einer wahren Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Man hatte in der Zeit zwischen Sonntag und Dienstag an dem Stenogramm der Verhandlungen vom Sonnabend allerhand Veränderungen und Ergänzungen vorgenommen. Einer rein formalistischen Auslegung der Worte waren dadurch die Wege geebnet. Um einen späteren Wiederanschluß nach rechts nicht zu erschweren, haben denn auch tatsächlich die Nationalliberalen in vollendeter Verkennung der politischen Bedeutung des Falles zugunsten des Erdrückens von Hohenlohe gestimmt. Die Präsidentenentscheidung ist dadurch vermieden worden, der Fall Oldenburg aber immer noch nicht von der Tagesordnung abgesetzt worden. Seine endgültige Entscheidung bleibt den nächsten Reichstagswochen vorbehalten. Der Prozeß ist vor dem Volke anhängig gemacht worden und das Urteil wird gefällt werden, wenn die Stimmzettel in die Urnen wandern. Es ist notwendig, daß sich die nächsten Parlamentswahlen zu einer grundsätzlichen Abrechnung mit den Junkern gestalten; daran ist in erster Linie, aber nicht allein, die Arbeiterklasse des Landes interessiert. Nur noch eine verhältnismäßig kurze Zeit trennt uns von dem Tage der Entscheidung und jeder Mann muß schon heute seine Pflicht in der Vorbereitung tun.

Der Handelsvertrag mit Portugal, der in der ersten Lesung auf entschiedene Ablehnung im Reichstag stieß, ist Gegenstand langer Kommissionsverhandlungen gewesen. Als er am 2. Februar zur zweiten Beratung stand, fand sich für ihn eine knappe Mehrheit, nicht etwa ein dieses „Meisterrück“ der deutschen Diplomatie zu loben, sondern lediglich, um schwere Missstände von unfreiem Exporthandel fernzuhalten. Wenn der Handelsvertrag verworfen wird und wir in einen Zollkrieg mit Portugal getrieben werden, dann ist es notwendig, von allen importierten Waren Ursprungszeugnisse zu verlangen, damit die Zollbehörden imstande sind, zu erkennen, was portugiesisches Gut und was Gut aus anderen Ländern ist. Die damit verbundenen Schwierigkeiten und Belastigungen sind so erheblich, daß es zweifelhaft erscheint, ob sie in Vergleich mit den Nachteilen des verpönten portugiesischen Handelsvertrages gestellt werden können. Das ist auch der Grund, warum die sozialdemokratische Fraktion bei der zweiten Beratung für den Handelsvertrag stimmte.

Die übrige Zeit der Berichtswache war mit langen und zum Teil sehr interessanten Auseinandersetzungen über die deutsche Kolonialpolitik ausgefüllt. Fernburg sucht natürlich den günstigen Umständen, daß in Südafrika Diamanten gefunden worden sind, deren Ausfuhr einiges Geld in die Kasse des Schutzgebietes bringt, auszunutzen, um für seine Kolonialpolitik im allgemeinen Stimmung zu machen. Da indessen auch heute noch die Vorteile dieser Politik zu ihren Nachteilen in gar keinem Verhältnis stehen, so hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach wie vor dagegen ablehnend bethalten.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter. Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

	3. Quartal 1909	4. Quartal 1909	Zu- oder Abnahme
Deutscher Metallarbeiter-Verein	367860	370430	+ 2470
Schmiedeverband	14845	14591	- 245
Kupferschmiedeverband	4101	4158	+ 57
Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Christl. Bund)	87588	87647	+ 59
„Christlicher“ Metallarbeiter-Verein	23854	24002	+ 148

Sozial Mitglieder haben wir bisher noch nicht gehabt! Im ersten Quartal 1908 war vor dem unsere Mitgliederzahl am höchsten. Es lohnt sich darum, einen vergleichenden Rückblick auf diese Zeit zu werfen. Die Sache gestaltet sich dann folgendermaßen:

	1. Quartal 1908	4. Quartal 1909	Zu- oder Abnahme
Deutscher Metallarbeiter-Verein	344494	370430	+ 25936
Schmiedeverband	14903	14591	- 312
Kupferschmiedeverband	4094	4158	+ 64
Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Christl. Bund)	40449	87647	+ 47198
„Christlicher“ Metallarbeiter-Verein	23675	24002	+ 327

Außer dem Kupferschmiedeverband hat also nur der Deutsche Metallarbeiter-Verein in dem genannten Zeitraum einen Zuwachs zu verzeichnen. Zwar ist ja im Reichsarbeitsblatt angegeben, daß im Schmiedeverband 20 Jahrgängen mit circa 2200 Mitgliedern nach berichtet haben. Es wäre ja sehr erfreulich, wenn der Schmiedeverband soviel Mitglieder mehr hätte. Zu verlaben werden aber die Kirche und die „Christlichen“ haben, ihre Verluste, die bekanntlich schon älteren Datums sind, wieder wettzumachen. Kein Wunder, wenn man keine gute Sache zu vertreten hat! Wir aber haben Ursache, uns zu freuen; allerdings dürfen wir über der Freude nicht den Ernst der Zeit vergessen. Sehen wir uns um, in welchen ersten Situationen sich einige andere Gewerkschaften befinden! Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verein wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht von schweren Kämpfen verschont bleiben. Für uns heißt es darum nach wie vor: Rufen, rufen und abermals rufen! Und das können wir am besten durch immer weiteren Ausbau unserer Organisation.

Schmiede. Unsere tatsächliche Feststellung in Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung ist der Redaktion der Schmiede-Zeitung natürlich nicht angenehm. Wir verstehen das und schenken ihr deswegen auch die Wutausbrüche gegen uns, die sie in ihrer Nr. 6 losläßt. Sehr matt ist allerdings die Art und Weise, wie sie sich herauszubeden versucht. Die Redaktion der Schmiede-Zeitung weiß offenbar gar nicht mehr den tatsächlichen Sachverhalt von ihren Phantasiegebilden auseinanderzuhalten. So macht sie dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Vereins den Vorwurf, daß er den „Verschmelzungsvorschlag“ des Schmiedeverbandes nicht gleichzeitig mit seinen eigenen Vorschlägen in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht habe. Man brauchte diesen Vorwurf nicht zu beachten, wenn nicht der Umstand, daß er überhaupt gemacht wurde, wiederum bezeichnend für die Redaktion der Schmiede-Zeitung wäre. Der Sachverhalt ist folgendermaßen:

Auf der Konferenz, von der schon in Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung die Rede gewesen ist, wurde verabredet, daß der Vorstand des Schmiedeverbandes unsern Vorstand mitteilen solle, wann er die von unsern Vertretern in der Konferenz gemachten Verschmelzungsvorschläge zu veröffentlichen gedächte. Dies geschah denn auch durch ein Schreiben vom 14. Dezember. Danach sollte die Veröffentlichung der Vorschläge des Metallarbeiter-Vereins in Nr. 1 der Schmiede-Zeitung erfolgen. Von dem „Vorschlag“ der Schmiedevertreter war in dem Schreiben aber keine Rede. Gemäß der Verabredung übergab unser Vorstand uns rechtzeitig die Vorschläge zur Veröffentlichung, die dann gleichfalls in unserer Nr. 1 erfolgte. Zu diesen bemerkt nun die Schmiede-Zeitung in ihrer Nr. 6:

„Diese waren allerdings geeignet, einer Anschauung Platz zu geben, wie sie in der Notiz (des Pressebureau) zutage trat. Und dieser Anschauung Raum zu verschaffen, hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Vereins sein redlich Teil beigetragen, denn erst in Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung wurden die Vorschläge unsern Vorstandes zur Verschmelzungsfrage bekanntgegeben, die eine andere Anschauung der Dinge zuließ. Am 22. Dezember 1909 wurde dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Vereins der Wortlaut unserer Bekanntgabe mitgeteilt. Am 26. Dezember wurde nach den Angaben der Metallarbeiter-Zeitung mit der Drucklegung der Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung begonnen.“

Um zu solchen Ausführungen zu kommen, muß man der Logik schon ein wenig Gewalt antun. Die Redaktion der Schmiede-Zeitung unterstellt hier frisch und fröhlich, daß ein am 22. Dezember aus Hamburg abgegangener Brief schon an demselben Tage in Stuttgart sein muß. Das war aber nicht der Fall. Der Brief ist hier erst am 24. eingetroffen. In diesem Tage wurde aber des Heilnachsitzfestes wegen nur bis Mittag gearbeitet. Dann folgten die beiden Feiertage und am Montag den 27. (nicht am 26., denn da war noch Feiertag) erfuhren wir erst, daß in der Schmiede-Zeitung entgegen dem Briefe des Vorstandes vom Schmiedeverband noch mehr veröffentlicht werden sollte, als uns übergeben worden war. Nun konnten wir doch mit dem besten Willen die beinahe fertig stereotypierte Nummer der Metallarbeiter-Zeitung nicht wieder auseinanderreißen lassen, um noch den „Vorschlag“ der Schmiedevertreter hineinzubringen. Das wird jeder zugeben — vielleicht mit Ausnahme der Redaktion der Schmiede-Zeitung. Die angeblich so legendenfeindliche Schmiede-Zeitung hat das Pech, daß sie, wenn auch nicht absichtlich, so doch durch ihr Verhalten der Legendensbildung Vorschub leistet.

Eigentümlich ist es, daß, nachdem der erste, vom Vorstand des Schmiedeverbandes in dieser speziellen Angelegenheit ausgegangene Brief schon am 14. Dezember datiert war, der zweite Brief erst am 22., also volle acht Tage später, abgegangen wurde. Wir wollen ja nicht behaupten, daß dies böswillig geschehen ist, freuen uns aber, daß die Sache nicht ungeklärt liegt. Uns, oder unsern Vorstand hätte man sicher böswillige Absichten in die Schuhe geschoben. Es kommt aber noch sonderbarer. Nachdem wir die Nr. 6 der Schmiede-Zeitung empfangen hatten, haben wir erst uns veranlaßt gesehen, Einsicht in die Korrespondenz unsern Vorstandes zu nehmen und gefunden, daß der zweite Brief, dem die Redaktion der Schmiede-Zeitung so hohe Wichtigkeit beilegt, gar nicht vom Vorstand des Schmiedeverbandes herrührt, sondern vom Redakteur Wichmann von der Schmiede-Zeitung. Es müssen auf dem Hauptbureau des Schmiedeverbandes recht sonderbare Verhältnisse herrschen, wenn die Redaktion so ungeniert in die Anordnungen des Vorstandes hinein-schreiben darf. Doch dies nur nebenbei.

Über den „Vorschlag“ der Vertreter des Schmiedeverbandes (auf der Konferenz am 21. September) an sich wollen wir vorläufig keine Worte verlieren. Wir empfehlen aber der Redaktion der Schmiede-Zeitung, Gutachten über diesen „Vorschlag“ von sämtlichen namhaften Gewerkschaften Deutschlands einzuholen und sie zu veröffentlichen.

Zum Schluß versucht die Schmiede-Zeitung noch einen Appell an die Tränenröhren, der folgendermaßen beginnt:

„Wir aber werden demnächst ein Verzeichnis all der schlechten Eigenschaften zusammenstellen, die der Redaktion der Schmiede-Zeitung von der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung angebicthet sind.“

Die jetzige Redaktion der Schmiede-Zeitung ziert ihr Amt erst seit dem 12. September 1908 und von dieser Zeit an haben wir uns mit der Schmiede-Zeitung sehr wenig beschäftigt. Will die verehrte Redaktion nun auch das für sich reklamieren, was wir schon über ihre Vorgängerinnen zu schreiben genötigt waren? Unserwegen möge sie es tun; sie möge dann aber auch nicht unterlassen, stets mit genügender Ausführlichkeit anzugeben, aus welcher Veranlassung wir die Redaktionen der Schmiede-Zeitung „angedichtet“ haben.

Scharfmacher gegen Arbeiterkühn.

Der Frankfurter Volksstimme (Nr. 27 vom 2. Februar) ist ein vom Generalsekretär Bueck unterzeichnetes Rundschreiben des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auf den Tisch geflossen, worin es folgendermaßen heißt:

„Die 28. Kommission des im vorigen Jahre geschlossenen Reichstages zur Vorbereitung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung hatte unter dem 16. Februar 1909 folgende Resolution angenommen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, von den Vollmachten des § 120e Abs. 3 der Gewerbeordnung (zur Verhütung einer gesundheitsgefährlichen Gestaltung der Arbeitszeit) in weiterer Rücksicht Gebrauch zu machen, insbesondere auch dahin, daß die Arbeitsdauer der in Tag- und Nachtschicht vor dem Feuer beschäftigten Arbeiter auf höchstens acht Stunden beschränkt wird.“ Diese Resolution hängt mit den auch in den Verhandlungen des Reichstages von verschiedenen Seiten warm

